



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzung am: Montag, 22. Juli 2024
Sitzungsbeginn öffentlicher Teil: 19:35 Uhr
Sitzungsende öffentlicher Teil: 21:40 Uhr
Ort: Vereinsraum Jakobstalhalle

Teilnehmer:

Erster Bürgermeister	Herpich Thomas
Zweite Bürgermeisterin	Ruf Karoline
Dritter Bürgermeister	Endres Bernd
Gemeinderat	Beck Josef
Gemeinderat	Bell Bernhard
Gemeinderat	Lang Johannes
Gemeinderat	Mödl Maximilian
Gemeinderätin	Schmitt Tatjana
Gemeinderat	Schwalbe Tobias
Gemeinderat	Seefried Holger
Gemeinderat	Dr. Sonnek Georg
Gemeinderat	Stoll Marcus

Entschuldigt:

Gemeinderat	Elbert Andreas
Gemeinderat	Günther Sven
Gemeinderat	Hofmann Reinhold

Schriftführer/-in:

GLBin	Heike Thoma
-------	-------------

Die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates war gegeben.

TOP	Tagesordnung öffentliche Sitzung
01.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
02.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.06.2024 (öffentlicher Teil)
03.	Bestätigung der neuen Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Theilheim durch den Gemeinderat
04.	Neufassung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat (2024)
05.	Verkauf der Gemeindegrundstücke am Triebweg 2 und 4 (Wohngebiet Reissgarten)
06.	Bewertung der Maßnahmen zur Beschreibung des Winterdienstes, Festlegung der Maßnahmen für den Winterdienst 2024/2025
07.	Nachbarschaftshilfe, öffentlich-rechtlicher Auftrag
08.	Dringlichkeitsentscheidung Sicherung der Bachböschung an der Brücke vom Tannenweg zum Parkplatz an der Jakobstalhalle (Radweg)
09.	Beschaffung einer Tragkraftspritze für die Freiwillige Feuerwehr
10.	Stellungnahme der Gemeinde Theilheim zur 12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rottendorf und Erstellung des Bebauungsplanes "Gut Wöllried"
11.	Planung und Genehmigungsverfahren zur Errichtung von Windenergieanlagen im Windkraft-Vorbehaltsgebiet WK44 der Gemarkung Theilheim
11.01	Genehmigungsbescheid zur Errichtung von drei Windenergieanlagen im Bereich des Windkraftvorbehaltsgebiets WK44 (Bürgerwind Theilheim GmbH, Markt Erlbach)
11.02	Erweiterung eines Antrags auf Vorbescheid zur Errichtung einer vierten WEA im Bereich des WK44 (VOLTA Windkraft GmbH, Ochsenfurt)
12.	Moratorium bei der Ausweisung neuer PV-Freiflächenanlagen
13.	Würdigung und Prüfung des Haushaltes 2024 durch das Landratsamt Würzburg
14.	Verlängerung der Ausfallbürgschaft zur Sanierung der Tennisplätze der Tennisabteilung des SV Theilheim 1949 e.V. und Übernahme der Finanzierungskosten (Zinszahlungen) für das Darlehen des SV Theilheim 1949 e.V.
15.	Ersatzbeschaffung eines Kastenwagens für den gemeindlichen Bauhof
16.	Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 15.04.2024, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist
17.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
17.01	TenneT TSO GmbH: Höchstspannungsleitung Grafenrheinfeld - Kupferzell - Großgartach; Abschnitt 1 Grafenrheinfeld - Rittershausen - Anhörungsverfahren zur 1. Änderung des Plans und der Unterlagen nach § 21 NABEG (Netzausbaubeschleunigungsgesetz)
17.02	Erhöhung der gemeindlichen Zuschüsse zum Seniorenticket ab 01.08.2024
17.03	Ferienpass 2024: Falsche Preisinformation durch das Landratsamt Würzburg
17.04	Erscheinung des Mitteilungsblatts ab 01.10.2024 gefährdet
17.05	Fertigstellung der Liftanlage im Neubau der Grundschule
17.06	erste Ergebnisse der Schmutzfrachtberechnung zum Abwassernetz der Gemeinde Theilheim

- 17.07** Sicherheitsbericht der Polizeiinspektion Würzburg-Land 2023 für die Gemeinde Theilheim
- 17.08** Bekanntmachung der Satzung des Zweckverbandes Abwasserbeseitigung Großraum Würzburg (AGW)
- 17.09** Planmäßiger Austausch von Hydranten im Wassernetz der Gemeinde Theilheim
- 17.10** Bodenrichtwerte 2024
- 17.11** Start der Verkehrsüberwachung im Rahmen des Interkommunalen Zweckverbandes Mainfranken
- 17.12** Abwehrmaßnahmen zur Afrikanischen Schweinepest in Unterfranken
- 17.13** Vigolana / Besuch des Kinderzirkus' im Frühjahr 2025
- 17.14** Schließzeiten Bauhof und Verwaltung
- 17.15** Nächste Gemeinderats- und Ausschusssitzungen nach der Sommerpause
- 18.** Fragen aus dem Gemeinderat
- 18.01** Fragen aus dem Gemeinderat: Fahrradweg Industriestraße
- 18.02** Fragen aus dem Gemeinderat: Wiederherstellung Gehwegoberfläche Kirchbergstraße im Rahmen der Glasfaserarbeiten
- 18.03** Fragen aus dem Gemeinderat: Erscheinung des Mitteilungsblatts ab 01.10.2024 gefährdet / Veröffentlichung von Veranstaltungen von Vereinen und Privaten
- 18.04** Fragen aus dem Gemeinderat: Entwicklung des Haushalts 2024

TOP	Öffentliche Sitzung
------------	----------------------------

Erster Bürgermeister Herpich eröffnete um 19:35 Uhr die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Gemeinderates und die anwesenden Besucherinnen und Besucher.

Im Ratsinformationssystem ist der Vermerk zu der dieser Sitzung voran gegangenen Bürgerfragestunde hinterlegt.

TOP 01.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
Lfd. Nr. 187	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Beschluss 1:

TOP 06 der öffentlichen Sitzung „Bewertung der Maßnahmen zur Beschreibung des Winterdienstes, Festlegung der Maßnahmen für den Winterdienst 2024/2025“ wird vertagt.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben; mit der Tagesordnung besteht Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 02.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.06.2024 (öffentlicher Teil)
Lfd. Nr. 188	

Sachverhalt:

Hinweis: Die Niederschrift ist dieser Beschlussempfehlung bis zur Genehmigung durch den Gemeinderat im RIS als Anlage beigefügt, ebenso der Aktenvermerk zur Bürgerfragestunde.

Beschluss 1:

Die Niederschrift vom 03.06.2024 (öff. Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 9 : 0

Abstimmungsbemerkung:

Die Gemeinderatsmitglieder Josef Beck, Bernd Endres und Holger Seefried enthalten sich der Stimme; sie waren in der Sitzung, deren Niederschrift zu genehmigen ist, nicht anwesend.

TOP 03.	Bestätigung der neuen Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Theilheim durch den Gemeinderat
Lfd. Nr. 189	

Sachverhalt:

Bestätigung als Feuerwehrkommandant und als Stellvertreter des Feuerwehrkommandanten gem. Art. 8 Abs. 4 Satz 1 des Bayerischen Feuerwehrgesetzes (BayFWG) durch den Gemeinderat

Bei der internen Dienstversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Theilheim am 27.02.2024 wurde Herr Jürgen Heßmann, für die Zeitdauer von sechs Jahren, mehrheitlich zum 1. Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Theilheim gewählt.

1. Kommandant XXXXXXXXXX hat den erforderlichen Lehrgang zum Leiter einer Feuerwehr an der Staatlichen Feuerweherschule Regensburg, am 27.07.2023 mit Erfolg abgeschlossen.

Bei der internen Dienstversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Theilheim am 11.06.2024 wurde Herr Daniel Slusarek, für die Zeitdauer von sechs Jahren, mehrheitlich zum 2. Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Theilheim gewählt.

2. Kommandant XXXXXXXXXX hat den erforderlichen Lehrgang zum Leiter einer Feuerwehr an der Staatlichen Feuerweherschule Würzburg, am 07.09.2023 mit Erfolg abgeschlossen.

Artikel 8, Absatz 4 Satz 1 und 2 des Bayerischen Feuerwehrgesetzes lauten:

„Der Gewählte bedarf der Bestätigung durch die Gemeinde im Benehmen mit dem Kreisbrandrat. Die Bestätigung ist zu versagen, wenn er fachlich, gesundheitlich oder aus sonstigen wichtigen Gründen ungeeignet ist.“

Das Einvernehmen der Kreisbranddirektion / Kreisbrandrates liegt vor. Siehe Schreiben vom 01.07.2024 in der Anlage.

Die beiden Kommandanten sind zur Sitzung anwesend und stehen dem Gemeinderat bei Fragen zur Verfügung.

Rechtslage:

Art. 8 Bayer. Feuerwehrgesetz: Feuerwehrkommandant

(1) 1Der Feuerwehrkommandant hat für die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr zu sorgen. 2Er leitet ihre Einsätze nach Maßgabe des Art. 18 Abs. 2 und die Ausbildung, ernennt Mannschafts- und Führungsdienstgrade und berät die Gemeinde in Fragen des abwehrenden Brandschutzes und des technischen Hilfsdienstes. 3Ausbildungsveranstaltungen setzt er im Einvernehmen mit der Gemeinde fest, soweit Erstattungs- oder Entschädigungsansprüche entstehen können.

(2) 1Der Feuerwehrkommandant wird in geheimer Wahl von den Feuerwehrdienst leistenden Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich der hauptberuflichen Kräfte und der Feuerwehrianwärter, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, aus ihrer Mitte auf sechs Jahre gewählt. 2Wird innerhalb von drei Monaten nach Ausscheiden des bisherigen Kommandanten kein geeigneter Nachfolger gewählt, hat die Gemeinde ein geeignetes Feuerwehrdienst leistendes Mitglied dieser Freiwilligen Feuerwehr zum Kommandanten zu bestellen. 3Die Bestellung endet mit der Bestätigung eines gewählten Feuerwehrkommandanten.

(3) 1 Zum Feuerwehrkommandanten kann nur gewählt oder bestellt werden, wer nach Vollendung des 18. Lebensjahres mindestens vier Jahre in einer Feuerwehr Dienst geleistet und die

vorgeschriebenen Lehrgänge mit Erfolg besucht hat. 2Ausnahmsweise genügt es, wenn den Umständen nach anzunehmen ist, dass der Betreffende solche Lehrgänge in angemessener Frist mit Erfolg besuchen wird.

(4) 1Der Gewählte bedarf der Bestätigung durch die Gemeinde im Benehmen mit dem Kreisbrandrat. 2Die Bestätigung ist zu versagen, wenn er fachlich, gesundheitlich oder aus sonstigen wichtigen Gründen ungeeignet ist.

(5) 1Der Kommandant hat einen oder nach Festlegung der Gemeinde im Ausnahmefall zwei Stellvertreter. 2 Die Abs. 2 bis 4 gelten für den oder die Stellvertreter des Feuerwehrkommandanten entsprechend.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat von Theilheim nimmt das Wahlergebnis der Kommandantenwahl vom 27.02.2024 zur Kenntnis und bestätigt Herrn Jürgen Heßmann als 1. Kommandanten.

Der Gemeinderat von Theilheim nimmt das Wahlergebnis der Kommandantenwahl vom 11.06.2024 zur Kenntnis und bestätigt Herrn Daniel Slusarek als 2. Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Theilheim.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 04.	Neufassung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat (2024)
Lfd. Nr. 190	

Sachverhalt:

Die Geschäftsordnung für den Gemeinderat war zu überarbeiten. Zur Übersichtlichkeit und guter Handhabung wurde darauf verzichtet, eine 1. Änderung der Geschäftsordnung vorzubereiten und stattdessen eine Neufassung gewählt.

Alle Änderungspunkte zur Fassung 2023 wurden im anliegenden Dokument farbig (gelb) markiert (Ausnahme: Anlage zur Geschäftsordnung).

Zu den Änderungspunkten im Einzelnen:

§ 2 Nr. 2:

Der Gesetzgeber hat mit Gesetz vom 24.7.2023 (GVBl. S. 385) Art. 16 GO sprachlich verändert („Verleihung der Ehrenbürgerwürde“ anstatt bisher „Ernennung zu Ehrenbürgern“ bzw. „Ehrenbürgerrecht“), ohne dass damit inhaltliche Änderungen dieser Auszeichnung verbunden werden.

§ 2 Nr. 20

Änderung aufgrund des Gesetzes vom 24.7.2023: Die Gemeindeordnung wurde aufgrund der Aufspaltung der früheren Entgeltgruppe 9 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst in die Entgeltgruppen 9a, 9b und 9c redaktionell angepasst.

§ 7 Abs. 2 Nr. 1

Das Landratsamt Würzburg hat mit Mail vom 17.11.2023 auf folgendes hingewiesen:

„Anlässlich der bevorstehenden Haushaltsberatungen dürfen wir aus gegebenem Anlass zur Öffentlichkeit von Sitzungen des Gemeinderats und vorberatender Ausschüsse auf Folgendes hinweisen:

In Art. 52 Abs. 2 Satz 1 GO ist festgelegt, dass die Sitzungen des Gemeinderats öffentlich sind, soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder auf berechtigte Ansprüche einzelner entgegenstehen. Da die vorgenannten Ausschlussgründe bei Haushaltsberatungen grundsätzlich nicht vorliegen dürften, müssen diese demnach in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung geführt werden. Finden Haushaltsberatungen dagegen in einem vorberatenden Ausschuss statt, so besteht die Möglichkeit, dass der Gemeinderat für Sitzungen vorberatender Ausschüsse in seiner Geschäftsordnung generell festlegt, dass diese nichtöffentlich sind. Allerdings besteht dann die Pflicht, die wesentlichen Inhalte und Ergebnisse der nichtöffentlichen Behandlung im Rahmen der sich anschließenden öffentlichen Gemeinderatssitzung offenzulegen (sofern im Einzelfall kein Gemeinhaltungsgrund i. S. d. Art. 52 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 GO vorliegt) (vgl. Büchner, Kommunalrecht in Bayern, Stand: 20.04.2023, Erl. 6.4 zu Art. 52 GO).“

Die Haushaltsvorberatungen wurden bislang in nichtöffentlicher Sitzung durch den Finanz- und Personalausschuss geführt; in der Gemeinderatssitzung am 12.12.2023 war Tenor, dass diese Praxis unverändert beibehalten werden soll.

Nach telefonischer Rücksprache mit dem Landratsamt Würzburg, Kommunalaufsicht, am 18.07.2024 kann der Gemeinderat für Sitzungen auch nur eines vorberatenden Ausschusses in seiner Geschäftsordnung festlegen, dass diese nichtöffentlich sind (-> geringerer Einschnitt in das Öffentlichkeitsprinzip des Art. 52 GO).

§ 8 Abs. 3 Nr. 2

Das Budget wurde der Beschlussfassung des Gemeinderates vom 19.07.2023 angepasst und beläuft sich auf aktuell 8.016.134,13 €. Nach aktuellem Stand kann dieses Budget eingehalten werden, es bestehen jedoch unverändert Unwägbarkeiten.

§ 11 Abs. 2 Nr. 4 Buchst. a)

Der Bayer. Gemeindetag schreibt in seinem Fachbeitrag (Zeitschrift BayGT 02/2024) folgendes:

„In den Geschäftsordnungsmustern 2020 wird vorgeschlagen, dass in Bauangelegenheiten bei Genehmigungsfreistellungen die Zuständigkeit für die Abgabe der Erklärung zur Durchführung des vereinfachten Genehmigungsverfahrens (Art. 58 Abs. 2 Nr. 5 BayBO 2018; jetzt: Art. 58 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BayBO) und Mitteilungen an den Bauherrn nach Art. 58 Abs. 3 Satz 4 BayBO 2018 (jetzt: Art. 58 Abs. 3 Satz 6 BayBO) dem ersten Bürgermeister obliegen soll. Zur Klarstellung sollte ergänzt werden, dass dies auch für die – in der Praxis eher selten vorkommende – Stellung des Antrags auf vorläufige Untersagung nach Art. 58 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 Alt. 2 BayBO gilt (Ergänzung der Worte „bzw. Antragstellung“). Mit Änderungsgesetz vom 23.12.2020 wurde die Genehmigungsfreistellung allerdings auf den Fall der **Änderung und Nutzungsänderung von Dachgeschossen zu Wohnzwecken** – über die Geltungsbereiche von Bebauungsplänen hinaus – auch **in Bereichen nach § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB** ausgeweitet (vgl. Art. 58 Abs. 2 Satz 1 Alt. 1 BayBO). Nach Art. 58 Abs. 2 Satz 2 BayBO gilt dabei der im Geschäftsordnungsmuster in Bezug genommene Art. 58 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BayBO (vormals Art. 58 Abs. 2 Nr. 5 BayBO 2018) entsprechend. Durch die Erweiterung des materiellrechtlichen Anwendungsbereichs erfolgte damit eine Kompetenzerweiterung des ersten Bürgermeisters in den Bereich des unbeplanten Innenbereichs hinein für die in Art. 58 Abs. 2 Satz 1 Alt. 1 BayBO genannten Fälle. ...

In kleineren Gemeinden, für die das Geschäftsordnungsmuster eine Zuständigkeit des Gemeinderats für die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens im Innenbereich nach § 34 Abs. 1 BauGB vorsieht, ist im Gemeinderat zu erörtern, ob insoweit eine Kompetenzübertragung nach Art. 37 Abs. 2 Satz 1 GO auf den ersten Bürgermeister erfolgen soll.

Zu beachten ist darüber hinaus die zum 1. August 2023 in Art. 58 Abs. 2 Satz 1 Alt. 2 BayBO erfolgte erneute Erweiterung der Genehmigungsfreistellung auf die Fälle der **Errichtung und Änderung der im Außenbereich** nunmehr **nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. b BauGB privilegierten PV-Anlagen** im Korridor von 200 Metern längs von Autobahnen und Schienenwegen des übergeordneten Netzes.

Auch hier stellt sich die Frage, welches Organ für die Erklärung zur Durchführung eines vereinfachten Baugenehmigungsverfahrens bzw. zur Beantragung einer vorläufigen Untersagung zuständig sein soll. Einerseits können diese Vorhaben je nach Betroffenheit der Gemeinde durchaus beträchtliche Auswirkungen zum Beispiel auf das Orts- und Landschaftsbild haben und gegebenenfalls Fragen der Erschließung aufwerfen.

Andererseits ist festzustellen, dass sich die bauleitplanerischen Möglichkeiten der Gemeinde – dies fiele in die Organzuständigkeit des Gemeinderats oder eines beschließenden Ausschusses – in Bezug auf diese privilegierten Anlagen in Grenzen halten (vgl. nur § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB). Insofern diene eine Zuweisung der Organzuständigkeit an ein Gremium wohl vor allem dessen Information. Möglicherweise ist es auch zweckmäßig, sich in dieser Frage an der Organzuständigkeit für die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens für Vorhaben im Außenbereich zu orientieren. In der Praxis deutet sich nach unserer Einschätzung jedenfalls an, dass in Bezug auf diese Vorhaben in der Regel eine Erklärung zur Durchführung eines vereinfachten Baugenehmigungsverfahrens seitens der Gemeinde abgegeben wird. Sollen die vorgenannten Entscheidungen zu den Vorhaben nach Art. 58 Abs. 2 Satz 1 BayBO ganz oder teilweise dem Gemeinderat oder einem beschließenden Bauausschuss vorbehalten sein, empfehlen wir eine entsprechend eindeutige Bestimmung in der Geschäftsordnung,“

Eine Kompetenzübertragung für Genehmigungsfreistellungsverfahren zur Änderung und Nutzungsänderung von Dachgeschossen zu Wohnzwecken einschließlich der Errichtung von Dachgauben im unbeplanten Innenbereich und für Genehmigungsfreistellungsverfahren zur

Errichtung und Änderung von Anlagen zur Nutzung solarer Strahlungsenergie im Außenbereich auf den ersten Bürgermeister ist im vorliegenden Entwurf **nicht** vorgesehen.

§ 15 Abs. 4

Hier liegt keine Änderung vor; es gab jedoch im Vollzug Auslegungsprobleme, die eine Handlungsanweisung durch den Gemeinderat für künftige gleichgelagerte Fälle erfordern:

Der Gemeinderat hat mit Beschluss vom 12.05.2020 für die zweite Bürgermeisterin eine monatliche Entschädigung festgesetzt. Ab dem 28. Vertretungstag im Kalenderjahr ist zusätzlich 1/30 der Entschädigung des 1. Bürgermeisters zu zahlen.

§ 15 Abs. 4 trifft folgende Begriffsdefinition zu den Vertretungstagen:

Ein Fall der Verhinderung liegt vor, wenn die zu vertretende Person aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen, insbesondere wegen Abwesenheit, Urlaub, Krankheit, vorläufiger Dienstenhebung oder persönlicher Beteiligung nicht in der Lage ist, ihr Amt auszuüben.

Ist die zu vertretende Person bei Abwesenheit gleichwohl dazu in der Lage, die Amtsgeschäfte auszuüben und bei Bedarf wieder rechtzeitig vor Ort zu sein, liegt ein Fall der Verhinderung nicht vor - § 15 Abs. 4 GeschO).

Damit werden Vertretungen nicht erfasst, die beispielsweise wegen Überschneidungen die Anwesenheit von erstem und zweiten Bürgermeister bei unterschiedlichen Terminen erforderlich sind.

Die Beschlussempfehlung sieht eine entsprechende Handlungsempfehlung zur Abrechnung von Vertretungstagen vor.

§ 20 Abs. 1

Art. 46 Abs. 2 Satz 1 GO sah ursprünglich vor, dass nach einer turnusmäßigen Neuwahl der Gemeinderat unverzüglich einberufen werden musste; dies musste spätestens am 15. Mai geschehen.

Die Regelung in Abs. 2 Satz 1 dient der Angleichung der Frist für die konstituierende Sitzung des Gemeinderats an die Frist für die konstituierende Sitzung des Kreistags nach Art. 25 Satz 2 der Landkreisordnung (LKrO). Die Frist beträgt nun einheitlich vier Wochen nach dem Beginn der Wahlzeit. Die Wahlzeit nach den allgemeinen Gemeinde und Landkreistagswahlen beginnt regelmäßig am 1. Mai (Art. 23 Abs. 1 GLKrWG). Die konstituierende Sitzung ist zwingend innerhalb der Vier-Wochen-Frist abzuhalten. (aus der Landtags-Drucksache 18/28527, S. 68).

§ 20 Abs. 2

Bisher traf § 20 Abs. 2 folgende Regelung: Die Sitzungen finden in der Regel in der Jakobstalhalle statt; sie beginnen in der Regel um 19:30 Uhr. In der Regel sollen die Sitzungen des Gemeinderats am ersten Dienstag eines Monats stattfinden. In der Einladung (§ 22) kann im Einzelfall etwas anderes bestimmt werden.

Mit Beschluss vom 12.09.2023 wurde der Sitzungstag ab 01.01.2024 dauerhaft auf montags verlegt.

Erster Bürgermeister Herpich schlägt vor, auf eine Regelung des Sitzungstages durch die Geschäftsordnung zu verzichten. Eine grundsätzliche Veränderung des Sitzungstages bedarf damit keiner Änderung der Geschäftsordnung mehr.

§ 31 Abs. 2

Hier liegt keine Änderung der Geschäftsordnung vor.

§ 32 Abs. 1 und 2

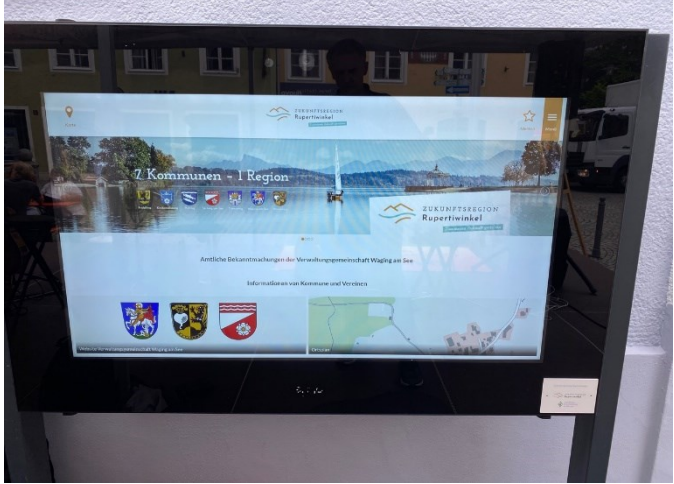
Art. 54 Abs. 3 Satz 2 GO erweitert das Einsichtsrecht der Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger um ein Recht auf Erteilung von Kopien der Niederschriften der öffentlichen Sitzungen. Die Art der Erteilung der Kopien (elektronisch oder auf Papier) schreibt das Gesetz nicht vor. Die Kosten für die Fertigung der Kopien können nach Abs. 3 Satz 3 von den Gemeinden nach Maßgabe des Kostengesetzes erhoben werden (aus der Landtags-Drucksache 18/28527, S. 70).

§ 34

Die Änderung der Gemeindeordnung erfolgte, um der in Art. 17 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen Digitalgesetzes (BayDiG) enthaltenen Möglichkeit der ausschließlich digitalen Bekanntmachung von Verkündungen der Gemeinden Rechnung zu tragen. Die Bekanntgabe der Niederlegung kann statt des festen physischen Anschlags oder durch Mitteilung in einer Tageszeitung auch auf einer öffentlichen Internetseite der Gemeinde oder durch Anzeige vorgenommen werden (aus der Landtags-Drucksache 18/28527, S. 66).

Amtliche Bekanntmachungen werden in Theilheim aktuell durch Niederlegung und Anschlag an der Amtstafel (vor dem alten Rathaus) bewirkt. Zusätzlich werden Bekanntmachungen auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht (<https://www.theilheim.de/amtliches.html>) - Art. 27a Abs. 1 S. 1 – 2 BayVwVfG (Bayer. Verwaltungs- und Verfahrensgesetz): Ist durch Rechtsvorschrift eine öffentliche oder ortsübliche Bekanntmachung angeordnet, soll die Behörde deren Inhalt zusätzlich im Internet veröffentlichen. Dies wird dadurch bewirkt, dass der Inhalt der Bekanntmachung auf einer Internetseite der Behörde oder ihres Verwaltungsträgers zugänglich gemacht wird.

Alternativen der Gemeinde:

Amtliche Bekanntmachung	Möglichkeit für Theilheim		Anmerkung
in einem ausschließlich digital veröffentlichten Amtsblatt		nein	Nicht vorhanden
für Mitgliedsgemeinden einer VGem, die kein eigenes Amtsblatt unterhalten: im ausschließlich digital veröffentlichten Amtsblatt der VGem		nein	---
in einem ausschließlich digital veröffentlichten Amtsblatt des Landkreises oder Landratsamts		nein	Das LRA WÜ nimmt keine Veröffentlichungen für Gemeinden vor (Telefonat am 17.07.2024)
in einer ausschließlich digital erscheinenden Tageszeitung		nein	Nicht bekannt
durch Niederlegung in der Verwaltung und deren Bekanntgabe durch ausschließliche oder zusätzliche Anzeige auf einem oder mehreren digitalen Bildschirmen oder	ja		 <p>© Thomas Herpich: Amtstafel VGem Waging am See</p> <p>Technische Voraussetzungen und Fördervoraussetzungen sind bislang noch ungeprüft. Die abgebildete Tafel wurde über das Regionalbudget des Landkreises Traunstein gefördert.</p> <p>testweise erprobt und unproblematisch umsetzbar</p>
auf der Internetseite der Gemeinde oder durch Mitteilung in einer ausschließlich digitalen Tageszeitung	ja	nein	Nicht bekannt

Erster Bürgermeister Herpich schlägt eine kurzfristige Umsetzung zur Digitalisierung des Bekanntmachungswesens der Gemeinde vor; dabei ist eine schnellstmögliche Umsetzung über Niederlegung im Rathaus und Bekanntgabe auf der Internetseite der Gemeinde zu realisieren.

§ 37

Die Geschäftsordnung tritt am 01.08.2024 in Kraft.

Anlagen zur Geschäftsordnung

Diese wurden entsprechend der Beschlussfassung vom 05.02.2024 überarbeitet; diese Änderungen wurden nicht markiert.

Zur Anlage 2: Das Verzeichnis der Ersatzleute wurde bereinigt.

Zur Anlage 3: Bei der Besetzung des Rechnungsprüfungsausschusses war zunächst beschlossen worden, dass Dr. Georg Sonnek durch das Gemeinderatsmitglied Andreas Elbert vertreten wird; im Fortgang der Sitzung wurde zum Stv. Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses Bernd Endres bestellt.

Die Anlage 3 trägt dem letzten Beschluss Rechnung.

Diskussionsverlauf:

Zu § 31 Abs. 2 (Anfertigen von Tonbandaufnahmen):

Es wird darauf hingewiesen, dass in früheren Wahlperioden Tonbandaufnahmen für die Erstellung von Niederschriften erstellt wurden; das hatte aber zu Unmut geführt.

Ein Gemeinderatsmitglied ist sehr zufrieden mit der Protokollierung und hat Vertrauen in die eingesetzten Schriftführer. Dieser Einschätzung schließen sich andere Gemeinderäte an.

Erster Bürgermeister Herpich verweist auf die Beispiele Randersacker, Kirchheim, Reichenberg.

Zugriff auf das Band haben nur der Sitzungsdienst und der Erste Bürgermeister; nach Genehmigung der Niederschrift wird das Band sofort gelöscht.

Zur Möglichkeit, dass Gemeinderatsmitglieder in die Tonbandaufnahme reinhören können, regt sich im Gremium Widerspruch: Die Vorgaben in § 31 Abs. 2 sehen kein Recht eines Gemeinderatsmitgliedes zum Anhören der Tonbandaufnahme vor.

Die Frage, ob es beabsichtigt ist, künftig ein Wortprotokoll zu führen, wird verneint.

Es wird nachgefragt, was der Einsatz von Tonbandaufnahmen bringen soll. Falls die Verwaltung Aufzeichnungen zur Protokollerstellung benötigt, könnten diese erstellt werden; ansonsten wird kein Bedarf gesehen.

Es wird darauf hingewiesen, dass § 31 Abs. 2 des Entwurfs der Geschäftsordnung bereits in der Fassung 2020 enthalten war. Tonbandaufnahmen als Hilfsmittel sind auch künftig nicht erforderlich.

Zu § 34 (Bekanntgabe durch Anzeige auf einem digitalen Bildschirm)

Auf Nachfrage erläutert Erster Bürgermeister Herpich, dass eine digitale Amtstafel mit Touch-Screen und hinterlegtem Webbrowser an der Außenscheibe des neuen Rathauses installiert werden könnte.

Aus dem Gremium wird festgestellt, dass die digitale Amtstafel gepflegt und gespeist und aktuell gehalten werden muss; es werde Arbeit angeschafft.

Der Standort am neuen Rathaus wird befürwortet und sei ein erweitertes Angebot.

Viele Bürger seien jedoch nicht technik-affin; der bisherige Aushang an der Amtstafel wird befürwortet und sollte für die ältere Generation beibehalten werden.

Zu § 20 Abs. 2 (Sitzungstag)

Es wird kritisiert, dass die Geschäftsordnung keinen Sitzungstag mehr festlegt; es sei nur noch der Sitzungsbeginn 19:30 Uhr geregelt. Der Sitzungstag sollte in der Geschäftsordnung nicht komplett gestrichen werden. Die Festlegung sei zur Planbarkeit für die Gemeinderatsmitglieder wünschenswert; die Arbeitszeiten beispielsweise eines Gemeinderatsmitgliedes, das auch Spätdienste leisten muss, müssten weitaus im Voraus eingetaktet werden.

Erster Bürgermeister Herpich stellt fest, dass eine Festlegung des Sitzungstages (1. Montag im Monat) um Flexibilität beraubt; die heutige Sitzung sei im Hinblick auf die anstehende Ferienpause so umfangreich.

Als Kompromiss wird vorgeschlagen, Sitzungstermine des Gemeinderates drei Monate vorher festzulegen. Der Gemeinderat stimmt dem mehrheitlich zu, eine Abstimmung erfolgt nicht.

An § 20 Abs. 2 ist folgender Satz 2 anzufügen:

Sitzungstermine sollen dem Gremium drei Monate im Voraus digital bekannt gegeben werden.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat gibt folgende Handlungsanweisung zur Ermittlung von Vertretungstagen zum Beschluss vom 12.05.2020: Vertretungstage sind auch solche Tage, für die der Erste Bürgermeister

- Befugnisse und Aufgaben zur Erledigung oder
- Termine zur Wahrnehmung

den weiteren Bürgermeistern überträgt, auch wenn er an diesen Tagen sein Amt ausübt.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Beschluss 2:

Die Beschaffung einer digitalen Informationstafel ist technisch und förder technisch zu prüfen; der Gemeinderat ist zu informieren.

Geplanter Standort der digitalen Informationstafel ist:

- vor dem neuen Rathaus

Abstimmungsergebnis: 6 : 6

Abstimmungsbemerkung:

Die Beschaffung einer digitalen Informationstafel ist aufgrund des Beschlussergebnisses abgelehnt.

Beschluss 3:

§ 31 Abs. 2 ist zu streichen.

Abstimmungsergebnis: 7 : 5

Beschluss 4:

Die Gemeinde Theilheim beschließt eine Änderung des Bekanntmachungswesens ab 01.08.2024 wie folgt:

Satzungen und Verordnungen werden dadurch amtlich bekannt gemacht, dass sie in der Verwaltung der Gemeinde zur Einsichtnahme niedergelegt werden und die Niederlegung digital über das Internet unter <https://www.theilheim.de/amtliches.html> bekanntgegeben wird. Die Bekanntgabe auf dieser Internetseite erfolgt erst, wenn die Satzung oder Verordnung in der Verwaltung niedergelegt ist. Alle übrigen im Gemeindebereich vorhandenen Aushängекästern dienen lediglich der Information.

Die bisherige Gemeindetafel vor dem Rathaus wird ab 01.08.2024 als Aushangkasten geführt;

Die Öffentlichkeit ist durch amtliche Bekanntmachung vor dem 01.08.2024 über diesen Beschluss zu informieren.

Abstimmungsergebnis: 10 : 2

Beschluss 5:

Der Gemeinderat beschließt die Neufassung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat mit den vorgenannten Änderungen mit Wirkung vom 01.08.2024; die Neufassung der Geschäftsordnung (GeSchO 2024) liegt diesem Beschluss an und ist dessen wesentlicher Bestandteil.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 05.	Verkauf der Gemeindegrundstücke am Triebweg 2 und 4 (Wohngebiet Reissgarten)
Lfd. Nr. 191	

Sachverhalt:

Im Vermögenshaushalt der Gemeinde Theilheim 2024, sind Einnahmen i.H.v. 343.000 € aus dem Verkauf der beiden Gemeindegrundstücke Triebweg 2 und 4 vorgesehen.

Die Gemeinde Theilheim beabsichtigt die beiden baureifen Grundstücke im Wohngebiet Reissgarten nach dem sogenannten Einheimischenmodell zu verkaufen.

Ziel dieses Verfahrens ist, den Erwerb angemessenen Wohnraums durch einkommensschwächere und weniger begüterte Personen der örtlichen Bevölkerung, zu fördern bzw. sicherzustellen.

Die Vergabe der beiden gemeindlichen Wohnbaugrundstücke im Gebiet „Reissgarten“ erfolgt auf der Grundlage der nachfolgenden Vorgaben, um ein transparentes und einheitliches Vergabeverfahren für die Bauplatzauswahl, den Verkauf und die Zuteilung von Grundstücken in der Gemeinde Theilheim sicherzustellen.

Es handelt sich hierbei um die beiden Grundstücke

Triebweg 2, Flurnummer 501/13, mit 669 m²

Triebweg 4, Flurnummer 501/14, mit 703 m²

Die Baugrundstücke sind bereits erschlossen (Wasseranschluss, Abwasser/Kanal) und straßenbauliche Erschließung. Die Löschwasserversorgung ist gesichert.

Die genaue Lage der Grundstücke ergibt sich aus dem Lageplan in der Anlage zu diesem Sachvortrag.

Der Bodenrichtwert für erschlossene Baugrundstücke liegt gemäß Bodengutachten des Gutachterausschusses im Landkreis Würzburg für das Jahr 2024, bei 249 € je m².

Die beiden Fragen denen sich der Gemeinderat in dieser Sitzung stellen muss:

1. die Höhe des Mindestgebotspreises für die beiden Grundstücke. Im Hinblick auf die allgemeine Finanzlage, sind möglichst hohe Einnahmen beim Verkauf der Grundstücke erstrebenswert.

Die freie Finanzspanne des Haushalts 2024, i.H.v. 6.620 € lässt der Gemeinde wenig Handlungsspielraum.

2. soll bei der Ausschreibung der beiden Grundstücke grundsätzlich, das sogenannte Einheimischen Modell zum Einsatz kommen?

Das Einheimischen Modell erlaubt es einer Gemeinde, nicht ausschließlich wirtschaftliche Kriterien zum Maßstab des Vergabeverfahrens zu machen. Anders als der Name vermuten lässt, dürfen auswärtige Bewerber nicht von der Angebotsabgabe ausgeschlossen werden.

Allerdings dürfen Faktoren wie Wohnsitz im Ort, soziale Kriterien, wie die Anzahl von Kindern, Vorhandensein pflegebedürftiger Personen oder eine ehrenamtliche Tätigkeit, bei der Vergabe im Rahmen einer transparenten Bewertungsmatrix berücksichtigt werden.

Weitere einschränkende Kriterien sind das Jahreseinkommen und das Gesamtvermögen der Bewerber. **Dieses darf das geforderte Mindestgebot nicht übersteigen.**

Beim Jahreseinkommen wird das durchschnittliche Jahreseinkommen innerhalb der Gemeinde zugrunde gelegt. Laut Bayerischem Landesamts für Statistik, Erlangen, betrug das durchschnittliche Jahreseinkommen in Theilheim **im Jahr 2019** 46.527,26 €. Bei Paaren wird daher entspricht dies 93.054,52 €. Neuere Erhebungen existieren nicht. Es wird daher vorgeschlagen das durchschnittliche Bruttogehalt eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers **im Jahr 2023**, mit 54.000 € zu Grunde zu legen.

Das Ziel von Einheimischenmodellen ist es daher, weniger begüterten Mitgliedern der örtlichen Bevölkerung, insbesondere jungen ortsansässigen Familien, den Erwerb angemessenen Wohnraums in ihrer Heimatgemeinde zu ermöglichen. Auf diese Weise sollen eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur und der soziale Zusammenhalt in der Gemeinde gewahrt bleiben, einer erzwungenen Abwanderung von Einheimischen soll entgegengewirkt werden. Unter Berücksichtigung des Grundrechts auf Freizügigkeit dienen Einheimischenmodelle dazu, einkommensschwächeren und weniger begüterten Personen der örtlichen Bevölkerung den Erwerb angemessenen Wohnraums zu ermöglichen.

Vergaberichtlinien

I. Allgemeine Bewerbungsvoraussetzungen

1. Es können sich nur bauwillige Interessenten im Rahmen des Einheimischenmodells auf die beiden Baugrundstücke im Wohngebiet „Reissgarten“ bewerben.
Der Verkauf der beiden Grundstücke ist an eine zeitlich bindende Bauverpflichtung (5 Jahre nach Erwerb) gebunden.
2. (Werden innerhalb der festgelegten Frist zur Abgabe eines Angebotes keine oder keine die Kriterien erfüllende Angebote zum Erwerb der beiden vorgenannten Grundstücke nach dem Einheimischenmodell abgegeben, wird die Vergabe erneut ohne Beschränkungen ausgeschrieben.)
3. Es können max. zwei volljährige Personen, die künftig gemeinsam im Gebäude wohnen, eine gemeinsame Bewerbung abgeben. Bei gemeinsamer Antragstellung werden im Falle einer Zuteilung beide Bewerber Vertragspartner der Gemeinde Theilheim. Beide Bewerber werden dann notariell als Grundstückseigentümer beurkundet. Gemeinschaftliche Bewerbungen werden als eine Bewerbung behandelt.
4. Die Baugrundstücke werden ausschließlich für den selbst genutzten Wohnbedarf verkauft.
5. Für die Vergabe eines Bauplatzes sind nur volljährige, natürliche Personen zugelassen.
6. Je Bewerber ist nur die Bewerbung auf eines der beiden Baugrundstücke möglich.
7. Nicht zulässig ist eine stellvertretende Gebotsabgabe (z.B. Gebotsabgabe von Eltern oder Großeltern für Kinder oder Enkelkinder.)
8. Im Fall der Zuschlagserteilung wird der Kaufvertrag ausschließlich mit dem/den im Gebot genannten Bieter(n) abgeschlossen.
9. Mit der Gebotsabgabe verpflichtet sich der Bieter zum Erwerb des Grundstückes, auf das er bietet.
10. Es ist nicht möglich, im Nachgang des Vergabeverfahrens nur einen Bewerber oder andere Bewerber als Käufer aufnehmen zu lassen.
11. Tritt ein Bewerber von seinem Recht auf Erwerb zurück, erhält dann der in der Rangfolge für das Baugrundstück folgende, berechtigte Bewerber das Recht auf Erwerb.

II. Allgemeine Verkaufsbedingungen

1. Der Mindestgebotspreis für ein Baugrundstück beträgt 249,00 €/m². Gebote, die das Mindestgebot unterschreiten, werden nicht gewertet und scheiden aus dem Gebotsverfahren aus.
2. Dieser Preis beinhaltet die Kosten der straßenmäßigen Erschließung sowie einen Anteil der Beiträge für die leitungsgebundenen Einrichtungen Wasser und Abwasser.
3. Nicht im Kaufpreis enthalten sind die Grunderwerbsteuer sowie die Notarkosten. Diese sind vom Erwerber zu tragen. Ebenfalls nicht enthalten sind die Kosten für Strom-, Gas und Telekommunikationsanschlüsse. Diese sind unmittelbar mit den jeweiligen Anbietern abzurechnen.
4. Der Kaufvertrag zwischen dem Bewerber und der Gemeinde Theilheim ist baldmöglichst zu beurkunden, spätestens jedoch acht Wochen nach der Grundstücksvergabe. Kommt die Beurkundung nicht innerhalb dieser Frist zu Stande oder kann der Bewerber bei Festsetzung des Termins für den notariellen Kaufvertrag keine gesicherte Finanzierung für das Baugrundstück und die nachfolgende Bebauung nachweisen, wird er vom Zuschlag ausgeschlossen.
5. Den Zuschlag erhält dann der in der Rangfolge für das Baugrundstück folgende, berechnigte Bewerber.
6. Tritt ein Bieter nach der Bauplatzzuteilung von seinem Gebot und damit der Kaufverpflichtung zurück ist eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 500 € an die Gemeinde Theilheim zu erstatten.
7. Es wird darauf hingewiesen, dass mit der Gebotsabgabe ein unverbindliches Finanzierungsangebot eines Kreditinstituts und/oder eine Eigenkapitalbestätigung über die Höhe des Grundstückskaufpreises vorgelegt werden muss.
8. Das unverbindliche Finanzierungsangebot darf nur von einer BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) in Deutschland zugelassenen Bank ausgestellt werden.
9. Bewerber, die bereits selbst genutztes Wohneigentum oder Baugrundstücke innerhalb der Gemeinde Theilheim besitzen, werden im Vorfeld von der Vergabe ausgeschlossen.

III. Generelle Bauverpflichtung:

1. Der Erwerber verpflichtet sich gegenüber der Gemeinde Theilheim, das Vertragsobjekt **innerhalb einer Frist von fünf Jahren**, gerechnet ab dem Tage der notariellen Kaufurkunde, mit einem Wohngebäude zu bebauen und vor Erfüllung dieser Bauverpflichtung das Vertragsobjekt weder ganz noch teilweise zu veräußern, es sei denn an Abkömmlinge in gerader Linie oder an einen Ehegatten oder an einen Miteigentümer, wenn diese in die Verpflichtung eintreten.
2. Sollte die Bauverpflichtung durch den Erwerber nicht eingehalten werden, geht das Grundstück nach Ablauf der Frist der Bauverpflichtung an die Gemeinde Theilheim zurück. Die Kosten für die Rückabwicklung, einschließlich der Notarkosten und Grunderwerbsteuer, gehen zu Lasten des Käufers.
3. Dies gilt insbesondere, wenn innerhalb der genannten Frist nicht mindestens ein geschlossener Wohnhausrohbau mit Dacheindeckung und Entwässerung sowie den Fenstern und Außentüreineinbau errichtet ist. In diesem Fall ist die Gemeinde Theilheim berechnigt, das Vertragsobjekt lastenfrei - ausgenommen nachbarrechtlicher Belastungen, die aufgrund des Bebauungsplanes eingetragen wurden - zu erwerben.
In diesem Fall sind dem Erwerber der bezahlte Kaufpreis, sowie der Wert der Bauaufwendungen, mit Ausnahme von Erdarbeiten, Planungs-, Genehmigungs-, Erwerbskosten und Steuern, ohne Beilage von Zinsen, zu erstatten, wenn der Erwerbsberechnigte die Baulichkeiten übernimmt. In diesem Fall ist eine Verwaltungsgebühr i.H.v. 500 € zur Rückabwicklung vom Erwerber zu tragen.

4. Der Gemeinde Theilheim behält sich ausdrücklich das Recht vor, die Beseitigung der Baulichkeiten auf Kosten des Erwerbsverpflichteten zu verlangen, falls eine Übernahme der ausgeführten Baulichkeiten nicht zumutbar ist.
5. Soweit über den Wert der Bauaufwendungen keine Einigung erzielt wird, ist dieser durch den zuständigen Gutachterausschuss festzustellen. Die Kosten dieses Gutachtens sind vom Erwerber zu tragen.
6. Die Kosten und Steuern der Übertragung im Zusammenhang mit der Ausübung des Erwerbsrechtes gehen zu Lasten des Erwerbers.
In diesem Fall ist eine Verwaltungsgebühr i.H.v. 500 € zur Rückabwicklung vom Erwerber zu tragen.

IV. Eigennutzungsverpflichtung / Weiterverkauf des Grundstücks

1. Der Erwerber des Baugrundstückes verpflichtet sich zur Eigennutzung, das zu errichtende Wohnhaus unmittelbar nach Bezugsfertigkeit zu beziehen und darin mindestens fünf Jahre lang ununterbrochen den Erst- und Hauptwohnsitz zu behalten.
2. Der Verkauf des unbebauten aber auch des bebauten Grundstückes mit Ausnahme an Eltern, Ehegatten oder Kinder des Erwerbers, wenn der Erwerber aus nachvollziehbaren Gründen das Grundstück/ Gebäude nicht selbst nutzen kann, sowie eine Vermietung des errichteten Wohnbauobjektes vor Ablauf der fünfjährigen Eigennutzungsverpflichtung mit Ausnahme in einer untergeordneten Mietwohnung (Mietwohnung maximal 50 % der Gesamtwohnfläche) bedürfen der Zustimmung der Gemeinde Theilheim.
3. Ein Weiterverkauf des Grundstücks ist ausgeschlossen. Für den Fall, dass eine Weiterveräußerung ohne die Zustimmung der Gemeinde erfolgt, steht der Gemeinde ein durch Vormerkung gesichertes Rückkaufsrecht zu. Es gelten dieselben Konditionen wie bei der Nicht-Einhaltung der Bauverpflichtung.

IV. Veröffentlichung des Verkaufsangebots, Bewerbungsverfahren und -frist

1. Nach Veröffentlichung des Verkaufsangebots zum 1. September 2024 im Amtskasten, im Mitteilungsblatt der Gemeinde Theilheim und auf der Webseite der Gemeinde Theilheim unter www.theilheim.de, haben Interessenten für eines der zur Vergabe anstehenden gemeindeeigenen Grundstücke bis zum 31. Oktober 2024, die Möglichkeit sich auf ein Grundstück zu bewerben.
2. Die entsprechenden Bewerbungsformulare werden auf der Homepage der Gemeinde Theilheim veröffentlicht oder sind beim Bauamt der Gemeinde erhältlich.
Eine formgerechte Bewerbung ist notwendig. Formlose Bewerbungen können nicht bearbeitet werden und führen zur Nichtberücksichtigung im Verfahren.
3. Der Einreichungsschluss ist zugleich Stichtag für das Vorliegen der Gebotsvoraussetzungen (erforderliche Nachweise).

V. Besondere Bedingungen aus dem Einheimischenmodell

1. Als einheimisch gilt, wer am 22.07.2024 (Tag der Gemeinderatssitzung) seinen Erst- bzw. Hauptwohnsitz in der Gemeinde Theilheim hatte. Zudem gilt als einheimisch, wer seinen Erst- bzw. Hauptwohnsitz mindestens fünf Jahre in der Gemeinde Theilheim begründet hat.
2. Bei gemeinsamen Bewerbungen (Ehepartner, eingetragene Lebenspartnerschaften oder Partnerschaften in dauernder häuslicher Gemeinschaft) gilt als einheimisch, wenn einer der Partner diese Kriterien erfüllt.

Einhaltung der Einkommensobergrenze

3. Der Bewerber darf maximal ein Einkommen (Gesamtbetrag der Einkünfte) in Höhe des durchschnittlichen Jahreseinkommens eines Steuerpflichtigen innerhalb der Gemeinde erzielen. Erfolgt der Erwerb durch ein Paar, erfolgt die Berechnung auf Basis der addierten Einkommen und in Relation zum doppelten Durchschnittseinkommen.
4. Bei einem Paar als Bewerber dürfen die addierten Einkommen die doppelte Obergrenze nicht übersteigen.

Das/die Einkommen muss durch die Vorlage des Ausdrucks der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung für das Steuerjahr 2023 nachgewiesen werden.

Unwahre oder fehlende Angaben führen zum Ausschluss aus dem Bewerbungsverfahren.

Einhaltung der Vermögensobergrenze

1. Der Bewerber darf maximal über ein Vermögen in Höhe des Grundstückswertes verfügen. Immobilieneigentum außerhalb der betreffenden Gemeinde Theilheim wird als Vermögen angerechnet.
2. Bei einem Paar als Bewerber gilt die unter V 5. genannte, einfache Obergrenze.

Das Vermögen muss durch die Vorlage des Grundbuchauszügen und Bankbestätigungen nachgewiesen werden.

Unwahre oder fehlende Angaben führen zum Ausschluss aus dem Bewerbungsverfahren.

Nachträglich bekannt gewordene unwahre oder fehlende Angaben, führen zur Rückabwicklung eines eventuell bereits erfolgten notariellen Kaufvertrages.

Sicherung des Förderzwecks

Wenn der Begünstigte nach dem geförderten Erwerb des Grundstücks seinen Erstwohnsitz für weniger als zehn Jahre auf diesem Grundstück hat, ist der Gemeinde durch den Begünstigten ein angemessenen Teil der Vergünstigung zurückerstatten. Dieser prozentuale Anteil errechnet sich in der Regel aus dem Zeitraum, der bis zu einer Nutzung von zehn Jahren fehlt (bei einem Verkauf nach sieben Jahren zum Beispiel 30 %).

Diskussionsverlauf:

Im Gemeinderat werden folgende Punkte diskutiert:

Sicherung des Förderzwecks: Es wird aus dem Gremium angefragt, wie hoch die Vergünstigung sei; die Vergünstigung sei nicht monetär definiert und kann deshalb nicht berechnet werden. Erster Bürgermeister Herpich stimmt dem zu und erklärt, dass der Vorschlag dem Original des Bayer. Gemeindetags zum Einheimischenmodell entnommen wurde.

Punktematrix / Kriterien: Die fehlende Punktematrix wird vom Gemeinderat kritisiert. Es wird darauf hingewiesen, dass sowohl Unterpleichfeld als auch Biebelried bei der Vergabe von Bauplätzen eine Punktematrix angewandt haben. Man müsse das Rad nicht neu erfinden: Die Gemeinde sollte sich die Unterlagen besorgen und sich daran orientieren. Der Beschlussvorschlag müsse zeitnah ergänzt werden; im Entwurf fehlen einige Kriterien, die folgende Punkte berücksichtigen: Ehrenamt, Familien, Finanzsituation der Gemeinde. Es sollte ein Punktesystem durch die Verwaltung oder in den Fraktionen erarbeitet werden.

Erster Bürgermeister Herpich verweist auf den diesem TOP anliegenden Fachbeitrag der Obersten Baubehörde, aus dem sich die Möglichkeiten einer punktebasierten Gewichtung ergeben. Er betont, dass die Einheimischenmodelle aufgrund eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen die BRD Deutschland entstanden sind; entgegen ihrer Bezeichnung können Einheimischenmodelle Auswärtige nicht generell ausschließen.

Es wird angefragt, ob für das Kriterium „Ehrenamt“ entscheidend sei, dass dieses in Theilheim ausgeübt werde; Erster Bürgermeister Herpich teilt dazu mit, dass dies frei definierbar sei; er würde auf eine ehrenamtliche Tätigkeit in Theilheim abstellen.

Begünstigt werden könne z. B. auch die Pflege von Angehörigen innerhalb der Familie.

Einhaltung der Vermögensobergrenze: Die festgelegte Vermögensobergrenze ist zu niedrig angesetzt: Mit was solle der Bewerber denn bauen, fragt ein Gemeinderatsmitglied, wenn er sein ganzes Vermögen für das Baugrundstück ausbebe. Ebenso sei das Jahreseinkommen zu niedrig gewählt.

Besondere Bedingungen aus dem Einheimischenmodell - Definition Einheimischer: Der vorgeschlagene Einheimischenbegriff ist zu eng gefasst: Einheimisch seien auch Personen, die in Theilheim aufgewachsen sind, berufsbedingt wegziehen mussten und wieder nach Theilheim zurück kommen.

Grundsätzliches zum Einheimischenmodell: Der festgelegte Mindestgebotspreis sei lächerlich; die Gemeinde sollte die Bauplätze frei vermarkten und Auswärtige berücksichtigen; damit könne das Einkommenssteueraufkommen der Gemeinde angehoben werden.

Die Gemeinde sollte auf ein Einheimischenmodell zum Verkauf der beiden Bauplätze verzichten und an die Gemeindefinanzen denken.

Ein anderes Gemeinderatsmitglied weist darauf hin, dass die Gemeinde bereits 2018 in der Lage Pfarrer-Hetterich-Straße Bauplatzpreise in ähnlicher Größenordnung erzielt habe. Die Gemeinde müsse formulieren, was sie wolle: Ob soziale oder wirtschaftliche Kriterien entscheidend sein sollten. Eine Gemeinderätin wertet es als problematisch, das Einheimischenmodell extrem auf Einkommensschwächere zuzuschneiden.

Erster Bürgermeister Herpich teilt mit, dass am freien Markt „locker das Doppelte des Mindestgebotspreis für ein Baugrundstück erzielt werden kann.“

Zur Beschlussvorlage: Die Beschlussvorlage wird im Gemeinderat als „unreif“ bezeichnet. Es mache keinen Sinn, heute zu beschließen.

Es wird im Gremium festgestellt, dass bei einer Vertagung des TOPs der vorgeschlagene Ausschreibungszeitraum nicht zu halten ist.

Finanzielle Auswirkungen:

Geplante Einnahmen 343.000 €

Vermögenshaushalt 2024 Einzelplan 8 Unterabschnitt 8811.3401

Beschluss 1:

Der Tagesordnungspunkt wird zur weiteren Vorbereitung an den Ausschuss für Dorfentwicklung, Natur- und Umwelt überwiesen.

Abstimmungsergebnis: 9 : 3

TOP 06.	Bewertung der Maßnahmen zur Beschreibung des Winterdienstes, Festlegung der Maßnahmen für den Winterdienst 2024/2025
Lfd. Nr. 192	

Sachverhalt:

Eine ausreichende Vorbereitung des Sachverhalts war aufgrund dringlicherer Entwicklungen zu andere TOPs im gegebenen Zeitraum nicht mehr möglich. Der TOP soll von der Tagesordnung genommen werden und in die Septembersitzung des Gemeinderats verschoben werden.

TOP 07.	Nachbarschaftshilfe, öffentlich-rechtlicher Auftrag
Lfd. Nr. 193	

Sachverhalt:

Der Gemeinderat oder dessen Ausschüsse haben sich bereits mehrfach mit dem Thema Nachbarschaftshilfe beschäftigt.

Unter anderem in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats vom 08.01.2024, TOP 07 Übernahme der Trägerschaft der Nachbarschaftshilfe (NBH) durch die Gemeinde.

Hierbei wurde der Beschluss gefasst und mit 13:1 Stimmen mehrheitlich angenommen.

Der Antrag zur Übernahme der Trägerschaft der Nachbarschaftshilfe (NBH) durch die Gemeinde Theilheim wird befürwortet.

Die Verwaltung wird beauftragt entsprechende Schritte in die Wege zu leiten.

Bei einem Treffen der Nachbarschaftshilfe am 13.03.2024, wurden die vier großen Themenblöcke erneut diskutiert:

- haftungsrechtliche Fragen
- ein Konto für die Nachbarschaftshilfe
- Budget für die Nachbarschaftshilfe
- Öffentlichkeitsarbeit

Mittlerweile wurde unter Federführung von XXXXXXXX, Vorsitzende der Nachbarschaftshilfe, mit der Servicestelle Ehrenamt beim Landratsamt ein „**Öffentlich-rechtlicher Auftrag zwischen der Gemeinde Theilheim und der Nachbarschaftshilfe Theilheim**“ entwickelt. Dieser löst nicht nur verschiedenen Versicherungsrechtliche Aspekte, sondern legt auch erstmals den konkreten Auftrag und die inhaltlichen Grenzen der Nachbarschaftshilfe fest.

Die Einrichtung eines gemeindlichen Kontos für die Nachbarschaftshilfe steht noch aus. Die Kämmerei hat den Auftrag zur Umsetzung.

Ein Imageflyer zur Vorstellung der Nachbarschaftshilfe bei einem erweiterten Personenkreis, wurde nach beschränkter, lokaler Ausschreibung an ein örtliches Grafikbüro vergeben.

TOP 08.	Dringlichkeitsentscheidung Sicherung der Bachböschung an der Brücke vom Tannenweg zum Parkplatz an der Jakobstalhalle (Radweg)
Lfd. Nr. 194	

Sachverhalt:

Durch die starken Regenfälle am 3. Juni 2024 hat es an der Brücke Tannenweg zur Jakobstalhalle massive Abschwemmungen am Böschungskörper des Jakobsbaches gegeben. Dadurch wurde die der Brückenpfeiler an der Böschung zum Tannenweg freigelegt.

Mit dem Bauunternehmen Wallrapp aus Theilheim wurde eine Besichtigung des Zustands vorgenommen. Es wurde dringender Handlungsbedarf gesehen, weil der Brückenpfeiler bei einer erneuten Starkflutung des Jakobsbaches weiter an Stabilität verliert, was zu einem Einsturz der Brücke führen kann.

Die Firma Wallrapp hat deshalb ein Angebot zum Sichern der Bachböschung vor der Brücke auf der Seite Tannenweg mit 4 Reihen Betonblocksteinen zum Preis von 9.235,59 € unterbreitet. Diese Betonblockstufen haben ein Gewicht von jeweils ca. 1,5 to und verzahnen sich gegenseitig, so dass eine ausreichende Sicherheit gewährleistet ist. Der Auftrag für die Sicherungsmaßnahme wurde als Dringlichkeitsentscheidung vergeben.

Diskussionsverlauf:

Es wird aus dem Gremium auf die ursprünglichen kostenintensiven Ingenieurvorschläge zur Sicherung der Böschung hingewiesen.

Erster Bürgermeister Herpich teilt mit, dass die gefundene Lösung keine Dauerlösung ist.

TOP 09.	Beschaffung einer Tragkraftspritze für die Freiwillige Feuerwehr
Lfd. Nr. 195	

Sachverhalt:

Begründung für die Ersatzbeschaffung:

Im Löschfahrzeug LF8/6 der FFW Theilheim ist eine Tragkraftspritze TS 8/8 mit Baujahr 1982 verlastet. Diese wurde schon aus dem Vorgängerfahrzeug übernommen. In den letzten Monaten macht die Pumpe immer mehr Probleme und lässt sich fast nicht mehr starten. Aus diesem Grund war sie auch 2023 schon in der Werkstatt. Das Problem konnte nur unter großem Aufwand behoben werden, da keine Ersatzteile mehr für die Pumpe bestellbar sind.

Leider treten die Probleme, die damals zur Reparatur führten, nun wieder auf und es ist zu befürchten, dass die Pumpe in absehbarer Zeit ausfällt. Aus diesen Gründen soll die TS 8/8 durch eine PFPN 10-1000 ersetzt werden.

Siehe auch Feuerwehrbedarfsplan für die Gemeinde Theilheim, vom 15.07.2022, Seite 35.

Eine solche Pumpe wird in erster Linie bei Löscheinsätzen benötigt, bei denen lange Schlauchstrecken erforderlich sind. Dies wären zum Beispiel:

- Brände im Aussiedlerhof oder der Biogasanlage;
- Brände im Wohngebiet Reissgarten (Löschwasserzisterne);
- und auch Wald- und Flächenbrände oder Bränden landwirtschaftlicher Maschinen außerhalb des Ortsgebietes.

Eine fachliche Stellungnahme für die Ersatzbeschaffung durch den Kreisbrandrat wurde angefordert, und liegt seit heute vor.

Ein Angebot zur Ersatzbeschaffung (112-Store, Rottendorf) über brutto 18.448,08 € liegt vor. Das Einholen von Vergleichsangeboten ist in diesem Fall nicht möglich, da zum einen technisch abweichende Ausrüstung bei der Motorisierung der Pumpe oder unterschiedliche Einbaumaße dem entgegenstehen.

Ein Förderantrag bei der Regierung von Unterfranken (Ruf) wurde eingereicht. Diese Beschaffung wird mit 6.630 € bezuschusst. Ohne das Vorliegen einer Förderzusage oder einer Zusage zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn, kann eine Bestellung aber nicht ausgelöst werden. Die Ruf hat signalisiert, dass sie sobald die Stellungnahme des KBR vorliegt, den dem vorzeitigen Maßnahmenbeginn mit großer Wahrscheinlichkeit zustimmen wird.

Mittel für die Beschaffung sind im Vermögenshaushalt 2024 eingestellt. (Einzelplan 1, Unterabschnitt 1300.9350.

Da zum einen die Lieferzeit der Pumpe zwei bis drei Monate beträgt und die Ausgaben den Verfügungsrahmen des 1. Bürgermeisters überschreiten, soll ein Vorratsbeschluss herbeigeführt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Vermögenshaushalt 2024, Einzelplan Einzelplan 1, Unterabschnitt 1300.9350

Beschluss 1:

Der Erster Bürgermeister wird ermächtigt, bei Vorliegen der Beschaffungsvoraussetzungen (Ruf Förderzusage oder Zusage zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn) die entsprechende Bestellung beim Anbieter 112-Store, Rottendorf, über 18.448,08 € brutto auszulösen.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 10.	Stellungnahme der Gemeinde Theilheim zur 12. Änderung des
Lfd. Nr. 196	Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rottendorf und Erstellung des Bebauungsplanes "Gut Wöllried"

Sachverhalt:

Im westlichen Randbereich der Gemeinde Rottendorf befindet sich das „Gut Wöllried“. Hierbei handelt es sich um ein bebautes Gebiet im bauplanungsrechtlichen Außenbereich gemäß § 35 Baugesetzbuch (BauGB).

Im Bereich des historischen Gutshofs ist vorgesehen, weitere Veranstaltungsgebäude sowie ein Hotel mit 48 Betten zu errichten. Die geplanten Nutzungen lösen unter Zugrundelegung der Stellplatzsatzung der Gemeinde Rottendorf entsprechende Stellplatzbedarfe aus, so dass die Errichtung einer weiteren Stellplatzanlage erforderlich ist. Diese soll südlich des historischen Gutshofs und des landwirtschaftlich genutzten Bereichs auf einer bislang ackerbaulich genutzten Fläche realisiert werden.

Da die geplante Stellplatzanlage nicht die Zulässigkeitsvoraussetzungen des § 35 Abs. 1 BauGB erfüllt, ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes und damit auch die 12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rottendorf notwendig.

Die Gemeinden, deren Gemarkungen an Rottendorf angrenzen, werden nun im Verfahren nach § 3 Abs. 1 BauGB beteiligt. So besteht die Möglichkeit, sich zur Planung in der Zeit vom 04.07.2024 bis 05.08.2024 zu äußern. Es wird festgestellt, dass Interessen der Gemeinde Theilheim durch die Planungen der Gemeinde Rottendorf nicht tangiert werden.

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim nimmt Kenntnis von der 12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rottendorf sowie vom Vorentwurf des Bebauungsplanes „Gut Wöllried“. Es bestehen keine Bedenken oder Anregungen.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 11.	Planung und Genehmigungsverfahren zur Errichtung von Windenergieanlagen im
Lfd. Nr. 197	Windkraft-Vorbehaltsgebiet WK44 der Gemarkung Theilheim

TOP 11.01	Genehmigungsbescheid zur Errichtung von drei Windenergieanlagen im Bereich des
Lfd. Nr. 198	Windkraftvorbehaltsgebiets WK44 (Bürgerwind Theilheim GmbH, Markt Erlbach)

Sachverhalt:

Der Fachbereich FB53 Immissionschutz des Landratsamtes teilte am 02.07.2024 per E-Mail mit, dass es der Bürgerwindenergie Theilheim GmbH & Co. KG auf der Grundlage des Antrags auf Vorbescheid vom 04.12.2023 und dessen Ergänzungen, der vorgelegten elektronischen Unterlagen sowie der nachfolgenden Nebenbestimmungen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von drei Windenergieanlagen im Windkraft Vorbehaltsgebiet WK 44 der Gemarkung Theilheim erteilt hat.

Diskussionsverlauf:

Auf Nachfrage erläutert Erster Bürgermeister Herpich, dass Baurecht besteht; der Antragssteller wird baldmöglichst davon Gebrauch machen.

TOP 11.02	Erweiterung eines Antrags auf Vorbescheid zur Errichtung einer vierten WEA im
Lfd. Nr. 199	Bereich des WK44 (VOLTA Windkraft GmbH, Ochsenfurt)

Sachverhalt:

Die VOLTA Windkraft GmbH, Ochsenfurt, hat mit E-Mail vom 02.07.2024 mitgeteilt, dass sie eine vierte Windkraftanlage im WK44 Theilheim in den Vorbescheid gegeben hat. Diesem TOP ist ein

Lageplan beigelegt, aus dem alle vier WEAs ersichtlich sind. Die WEA4 auf Flurstück 2354 ist somit die dritte WEA auf der Gemarkung Theilheim, für die VOLTA einen Antrag auf Vorbescheid eingereicht hat.

Diskussionsverlauf:

Erster Bürgermeister Herpich weist darauf hin, dass das Vorhaben sich teilweise außerhalb des Vorbehaltsgebiets WK 44 befindet.

TOP 12.	Moratorium bei der Ausweisung neuer PV-Freiflächenanlagen
Lfd. Nr. 200	

Sachverhalt:

Geplantes Moratorium PV-Freiflächenanlagen und Windkraftanlagen

In der „kleinen Gemeinderatsklausur“ am 04.03.2023, wurde ein Moratorium besprochen. Der Gemeinderat wollte sich mit diesem Moratorium einen Schutzrahmen schaffen, um die verschiedenen Kriterien Pro und Kontra, zu den beiden Energieträger in Ruhe abwägen zu können und Leitlinien für die Umsetzung beider Energieformen zu definieren.

Insbesondere die Blockade von hochwertigen, landwirtschaftlichen Flächen (hohe Bonität) und der insgesamt hohe Flächenverbrauch durch Photovoltaik, war vielen Rätinnen und Räten damals ein Dorn im Auge. Zumal die Gemeinde Theilheim mit insgesamt 15ha einen nicht unerheblichen Beitrag zur Bereitstellung von regenerativer Solarenergie geleistet hat und mit drei bis vier zu erwartenden Windenergieanlagen im Windkraft Vorranggebiet WK44 der Gemarkung Theilheim auch zukünftig leistet.

Darüber hinaus ist noch mit weiteren Projektentwicklungen im Bereich der privilegierten Zone entlang der BAB3 im Bereich des Biebelrieder Kreuzes (200m Abstandszone) zu rechnen.

Ergänzung am 19.07.2024: Zum 1. August 2023 wurde der Katalog der genehmigungsfähigen Verfahren erweitert um die Errichtung und Änderung der im Außenbereich nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. b BauGB privilegierten PV-Anlagen im Korridor von 200 Metern längs von Autobahnen (Art. 58 Abs. 2 Satz 1 Alt. 2 BayBO). Die Gemeinde hat die Möglichkeit innerhalb Monatsfrist alternativ zu erklären, dass das vereinfachte Baugenehmigungsverfahren durchgeführt werden soll oder eine vorläufige Untersagung nach § 15 Abs. 1 Satz 2 BauGB zu beantragen.

Diskussionsverlauf:

Es wird vorgetragen, dass die Gemeinde Theilheim ökologischen Strom befürwortet; wenn ein Grundstückseigentümer eine Photovoltaikanlage auf eigenem Grund realisieren möchte, wäre dies befristet bis 31.12.2026 nicht möglich.

Erster Bürgermeister Herpich bestätigt dies grundsätzlich für Vorhaben außerhalb der privilegierten Zone; kleinere Anlagen könnten errichtet werden.

Das Moratorium sollte maximal zeitlich befristet werden bis 30.06.2026.

Es wird im Gremium festgestellt, dass bereits jetzt eine Energie-Infrastruktur auf der Gieshügler Höhe mit Photovoltaik und Windkraft entstanden ist; es wird als problematisch gewertet, diesen Prozess jetzt für zwei Jahre zu stoppen.

Beschluss 1:

Bis zum Abschluss der Bauarbeiten der derzeit projektierten PV Freiflächenanlagen (Nasler und Neue Weide/Landstein) sowie der sich derzeit im Genehmigungsverfahren befindlichen drei bis

vier WEAs im WK44, wird ein Moratorium über die weitere Entwicklung von PV Freiflächenanlagen in der Gemarkung der Gemeinde Theilheim in Kraft gesetzt.

Bis zum 30.06.2026 werden keine weiteren Anträge zu PV Freiflächenanlagen im Bauleitverfahren behandelt.

Diese Maßnahme betrifft ausdrücklich nicht, potenzielle Ausweitungen des WK44.

Bei Vorlage eines Genehmigungsfreistellungsantrages für die Errichtung und Änderung der im Außenbereich nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. b BauGB privilegierten PV-Anlagen im Korridor von 200 Metern längs von Autobahnen trifft die Gemeinde eine Einzelfallentscheidung nach Art. 58 Abs. 2 Satz 2 BayBO i. V. m. Art. 58 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BayBO.

Abstimmungsergebnis: 5 : 7

Abstimmungsbemerkung:

Aufgrund des Abstimmungsverhältnisses ist der Beschlussvorschlag abgelehnt.

TOP 13.	Würdigung und Prüfung des Haushaltes 2024 durch das Landratsamt Würzburg
Lfd. Nr. 201	

Sachverhalt:

Das Landratsamt Würzburg hat mit Schreiben vom 10.06.2024 mitgeteilt, dass der Haushaltsplan 2024 rechtsaufsichtlich geprüft wurde. **Das Schreiben vom 10.06.2024 wurde am 17.07.2024 durch das Landratsamt geändert (Anpassung der Summen Haushaltsvolumen)**, es liegt diesem TOP als Anlage bei. Die Haushaltssatzung 2024 enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Die Haushaltssatzung 2024 kann nun amtlich bekannt gemacht werden.

Es besteht im laufenden Haushaltsjahr lediglich eine freie Finanzspanne von 6.620 €. Im Finanzplanungsjahr 2025 ergibt sich eine negative freie Finanzspanne bzw. ein Fehlbetrag (-115.000 €). Die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Gemeinde Theilheim sind insgesamt angespannt.

Für die Kreisumlage 2024 stellt es sich wie folgt dar:

Haushaltsansatz: 1.200.000 €

Ausgaben lt. Kreisumlagebescheid: 1.190.427,92 €

Der Hebesatz wurde durch den Kreistag des Landkreises Würzburg am 04. März 2024 von 41 v.H. auf 44 v.H. festgesetzt. Dadurch erhöht sich auch der Haushaltsansatz der Kreisumlage von 1.000.000 € auf 1.200.000 €.

TOP 14.	Verlängerung der Ausfallbürgschaft zur Sanierung der Tennisplätze der Tennisabteilung des SV Theilheim 1949 e.V. und Übernahme der Finanzierungskosten (Zinszahlungen) für das Darlehen des SV Theilheim 1949 e.V.
Lfd. Nr. 202	

Sachverhalt:

Mit Beschluss vom 12.09.2023 – Beschlussbuchauszug zu TOP 10 öffentlich liegt diesem TOP als Anlage bei – hat der Gemeinderat beschlossen, eine Bürgschaft für die Darlehensaufnahme des SV Theilheim 1949 e.V. zur Sanierung der Tennisplätze in Höhe von 150.000 € zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: 13:0

Mit Beschluss vom 12.12.2023 – Beschlussbuchauszug zu TOP 05 öffentlich liegt diesem TOP als Anlage bei – hat der Gemeinderat beschlossen, die Finanzierungskosten (Zinszahlungen) für das Darlehen des SV Theilheim 1949 e.V. bei der Sparkasse für den Zeitraum 19.01.2024 bis 30.09.2024 zu übernehmen. Abstimmungsergebnis: 13:0

Dadurch entstehen der Gemeinde Kosten in Höhe von insgesamt 6.741 €.

Die Ausfallbürgschaft der Gemeinde Theilheim gegenüber der Sparkasse Mainfranken in Höhe von 150.000 € ist befristet bis zum 30.09.2024 (liegt diesem TOP als Anlage bei).

Mit Schreiben vom 26.06.2024 ging ein Antrag der Tennisabteilung des SV Theilheim 1949 e.V. bei der Gemeinde Theilheim ein (liegt diesem TOP als Anlage bei).

Auszugsweise heißt es in dem Schreiben:

„Die Bürgschaft des Darlehens zur Zwischenfinanzierung der Förderung des BLSV und die Übernahme der Darlehenszinsen ist bis zum 30.09.2024 ausgelegt. Nach Rücksprache mit dem BLSV liegt die Bearbeitungsdauer eines Verwendungsnachweises und die daraus resultierende Auszahlung der Förderung bei 9-12 Monaten. Leider hat sich die Baustelle an den Tennisplätzen aufgrund der Witterung deutlich verzögert und die Schlussrechnung der Firma liegt aktuell noch nicht vor.

Der SV Theilheim 1949 e.V. bittet die Gemeinde Theilheim deshalb die Bürgschaft und die Übernahme der Darlehenszinsen bis zum 31.07.2025 zu verlängern. Ohne eine Bürgschaft der Gemeinde würden den Zinsen der Sparkasse Mainfranken sehr stark ansteigen.“

Nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht des Landratsamtes Würzburg stehen einer Verlängerung der Ausfallbürgschaft bis zum 31.07.2025 keine Gründe entgegen. Die Finanzsituation des Sportvereines ist stabil. Somit ist das Risiko, dass die Gemeinde finanzielle Leistungen erbringen muss als gering anzusehen.

Zur Verlängerung der Übernahme der Darlehenszinsen durch die Gemeinde Theilheim bis zum 31.07.2025:

a) 2024

Im Haushaltsjahr 2024 würden dafür für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2024 Kosten für die Darlehenszinsen in Höhe von ca. 2.100 € anfallen. Hierfür sind keine Mittel im Haushalt 2024 vorgesehen.

Es ergibt sich im laufenden Haushaltsjahr lediglich eine freie Finanzspanne von 6.620 €.

Auf die Möglichkeit, dass die im Haushalt veranschlagten Mittel für die Baumaßnahme Umbau/Erweiterung der KITA St. Johannes durch Mehrausgaben überplanmäßig in Anspruch genommen werden könnten, ist hinzuweisen; die Baumaßnahme ist zwingend abzuschließen.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Gemeinde Theilheim sind insgesamt angespannt.

b) 2025

Eine weitere Übernahme der Darlehenszinsen für den Zeitraum Januar bis Juli 2025 würde Ausgaben für die Gemeinde in Höhe von ca. 4.800 € im Jahr 2025 bedeuten. Im Finanzplanungsjahr 2025 ergibt sich eine negative freie Finanzspanne (-115.000 €). Außerplanmäßige Investitionen sind somit nicht möglich. Die Haushaltslage wird auch in den Folgejahren angespannt bleiben.

Diskussionsverlauf:

Das Gemeinderatsmitglied Marcus Stoll ist wegen persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

Aus dem Gremium heraus – mit Einverständnis des Ersten Bürgermeisters - wird die im Zuhörerraum anwesende Vertreterin der Abteilung Tennis im SV Theilheim 1949 e. V., XXXXXXXXX, um Stellungnahme gebeten, welchen Anteil an den Darlehenszinsen der Verein selbst mittragen könnte. XXXXXXXXX gibt folgende Stellungnahme ab: „Der Tennisverein hatte zeitlich großzügig geplant; es kamen Mehrkosten dazu. Der Verein ist unverschuldet in die Situation hineingerutscht. Er hat bereits ein „Haufen Geld“ in die Hand genommen; seine finanzielle Leistungsfähigkeit ist erreicht.“ Erster Bürgermeister Herpich verweist XXXXXXXXX auf die Möglichkeit einer internen Zwischenfinanzierung über eine andere Abteilung des Sportvereins. Ein Gemeinderatsmitglied schlägt vor, die Ausfallbürgschaft zu übernehmen und die Darlehenszinsen befristet bis 31.12.2024 durch die Gemeinde Theilheim zu tragen. Erster Bürgermeister Herpich stellt zu diesem Vorschlag fest, dass dafür keine Haushaltsmittel vorhanden sind und weist nochmals auf die freie Finanzspanne in Höhe von lediglich 6.620,00 EUR hin: Er habe ganz große Bedenken.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt eine Verlängerung der Ausfallbürgschaft in Höhe von 150.000 € bis zum 31.07.2025.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

Beschluss 2:

Mit der Übernahme der Darlehenszinsen des SV Theilheim 1949 e.V. durch die Gemeinde Theilheim in Höhe von 2.081,25 € für den Zeitraum 01.10.2024 bis 31.12.2024 besteht Einverständnis. Die monatliche Zinsbelastung beträgt somit 693,75 €.

Abstimmungsergebnis: 8 : 3

Abstimmungsbemerkung:

Erster Bürgermeister Herpich kündigt an, dass er diese Entscheidung im Hinblick auf die angespannte finanzielle Situation der Gemeinde und die freie Finanzspanne in Höhe von lediglich 6.620,00 EUR im Haushaltsjahr 2024 bzw. die sich für 2025 abzeichnende negative Finanzspanne für rechtswidrig hält. Im Rahmen seines materiellen Nachprüfungsrechts bzw. seiner Nachprüfungspflicht nach Art. 59 Abs. 2 GO wird er den Beschluss 2 deshalb beanstanden, den Vollzug auszusetzen und die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde (Art. 110 GO) herbeiführen.

TOP 15.	Ersatzbeschaffung eines Kastenwagens für den gemeindlichen Bauhof
Lfd. Nr. 203	

Sachverhalt:

Ersatzbeschaffung eines Kastenwagens für den gemeindlichen Bauhof

Das Kastenfahrzeug des Bauhofs der Gemeinde Theilheim, vom Typ Peugeot Boxer (F), mit dem amtlichen Kennzeichen WÜ S 8310, ist mittlerweile stark verbraucht.

Das Fahrzeug, erstmals zugelassen am 29.10.2012, wurde von der Gemeinde Theilheim am 27.05.2015 gebraucht erworben und auf diese zugelassen. Der aktuelle Kilometerstand (Stand 15.07.2024) beträgt 183.515 km.

Das Fahrzeug verfügt über eine Zulassung bis zu einem Gesamtgewicht 3.300 kg. Seit dem 01.07.2024 sind Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht ab 3,5 to. auf Bundesfernstraßen mautpflichtig.

Der relativ niedrige Kilometerstand erklärt sich durch die Tatsache, dass das Fahrzeug nahezu ausschließlich auf Kurzstrecken im Ort eingesetzt wird. Dadurch kam es besonders im Winterhalbjahr zu häufigen Ausfällen des Fahrzeugs mit kostenintensiven Reparaturen an der Abgasreinigung. So setzt sich der einfach Rußpartikel Filter mit Partikeln zu. Eine „automatische“ Reinigung der Anlage durch hohe Temperaturen bei längerer, schneller Fahrweise kann dadurch nicht erfolgen.

Die Ersatzteilbeschaffung für Reparaturen, gestaltet sich bei dem nun mittlerweile mehr als 12 Jahre alten Fahrzeug schwierig.

Um die Einsatzbereitschaft des Bauhofs sicher zu stellen, befürwortet die Verwaltung die Ersatzbeschaffung eines gleichartigen Fahrzeuges. Haushaltsmittel sind bereits seit mehreren Jahren in den Vermögenshaushalten eingestellt. Einzelplan 7, Unterabschnitt 7719.9359.

Eine beschränkte, regionale Angebotsausschreibung bei drei verschiedenen Anbietern wurde herstellerneutral durchgeführt:

- Auto Löffler GmbH, Würzburg (Ford)
- Autohaus Henneberger OHG, Theilheim (Peugeot)
- Mercedes Benz AG, Würzburg (Mercedes)

Hierbei müssen die Spezifikation eines Kommunalfahrzeuges, wie Sicherheitsausrüstung und in diesem Fall eine Anhängelast bis 2 to. sowie eine elementare Ausrüstung des Laderaums berücksichtigt werden.

Warum kein Elektrofahrzeug?

Die elektrische Variante eines entsprechenden Fahrzeugs, vergleicht man hier z.B. die aktuelle Version des Peugeot Boxer, schlägt in der Grundversion Verbrenner mit ab 32.800 € netto zu Buche, die Grundversion elektrisch mit ab 54.800 € netto. Bedingt durch das Gewicht der Batterie, liegt die Nutzlast bei der E-Version um 400kg niedriger als bei der Verbrennerversion (1.500 kg)

Da zum einen die Lieferzeit eines derartigen Fahrzeuges zwei bis sechs Monate beträgt und die Ausgaben den Verfügungsrahmen des 1. Bürgermeisters überschreiten, soll ein Vorratsbeschluss herbeigeführt werden. Eine Gewichtung der Faktoren Verfügbarkeit und räumliche Nähe dürfen nach Auskunft der Überörtlichen Rechnungsprüfung in das Bewertungssystem mit einfließen.

Diskussionsverlauf:

Ein Gemeinderatsmitglied fragt nach den bislang am Kastenwagen durchgeführten Reparaturen; es könnte ein neuer Dieselpartikelfilter eingebaut werden oder der vorhandene Dieselpartikelfilter zum Ausbrennen an eine Spezialfirma eingeschickt werden.

Die Beschaffung eines neuen Kastenwagens sei nicht erforderlich, dafür habe die Gemeinde kein Geld.

Erster Bürgermeister Herpich teilt mit, dass ein neuer Dieselpartikelfilter nicht mehr lieferbar sei; eine Reinigung des Dieselpartikelfilters wie vorgeschlagen sei bereits durchgeführt worden und damit nicht noch einmal möglich. Der vorhandene Kastenwagen sei komplett verbraucht.

Auf ergänzende Nachfrage teilt er mit, dass ein Kastenwagen nur als Diesel oder als Elektrofahrzeug lieferbar sei; die Angebotseinholung sei herstellerneutral erfolgt.

Finanzielle Auswirkungen:

Vermögenshaushalt 2024, Einzelplan 7, Unterabschnitt 7719.9359

Beschluss 1:

Erster Bürgermeister Herpich wird ermächtigt, bei Vorliegen der Angebote aus der beschränkten, regionalen Angebotsausschreibung, den geringst nehmenden Anbieter mit der Lieferung des Fahrzeuges bis maximal 45.000 € brutto zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 10 : 2

TOP 16.	Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 15.04.2024, für die die
Lfd. Nr. 204	Nichtöffentlichkeit weggefallen ist

Sachverhalt:

Gemäß Art. 52 Abs. 3 GO sind die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Öffentlichkeit bekannt zu geben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

Bei folgenden, in nichtöffentlichen Sitzungen behandelten Beschlüssen ist die Geheimhaltung entfallen:

Datum	Gremium	Nr.	Tagesordnungspunkt						
15.04.2024	Gemeinderat	TOP 03	<p>Aufstellung einer 6. Änderung des Gesamtbebauungsplans Teil I - Entscheidung über das weitere Bauleitplanverfahren nach Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zum § 13 b BauGB, alternativ über die Einstellung des Verfahrens</p> <p>Beschluss 12:0</p> <p>a. Beim Landratsamt Würzburg ist eine Stellungnahme zur grundsätzlichen Genehmigungsfähigkeit einer erforderlichen 7. Änderung des Flächennutzungsplanes unter Vorlage der Argumentation des Gemeinderates aus der Sitzung vom 19.07.2024 zu den eingegangenen Stellungnahmen einzuholen. Sofern das Landratsamt Würzburg die Genehmigungsfähigkeit der Flächennutzungsplanänderung nicht positiv beurteilt, kündigt die Gemeinde Theilheim an, das Bauleitplanverfahren zur 6. Änderung des Gesamtbebauungsplanes Teil I einzustellen. Erster Bürgermeister Herpich informiert den Antragssteller über diesen Beschluss.</p> <p>b. ---</p>						
15.04.2024	Gemeinderat	TOP 08	<p>Situation der Mittagsbetreuung 2024/2025</p> <p>Beschluss 11:0</p> <p>Auch im Schuljahr 2024 / 2025 wird eine Mittagsbetreuung durchgeführt; die Gemeinde Theilheim beauftragt damit weiterhin die Diakonie (Träger Erleben, Arbeiten und Lernen e.V., Brücknerstraße 20, 97080 Würzburg) an allen Schultagen ab dem regulären Unterrichtsende bis 14:30 Uhr mit dem bisherig vereinbarten Leistungsstandard und den weiteren vertraglich festgelegten Eckpunkten.</p> <p>Die Gemeinde trägt als Finanzierungsanteil maximal 19.500,00 EUR.</p> <p>Dem Träger wird dringend nahegelegt, für die Mittagsbetreuung nur Ganzjahresverträge abzuschließen: Anmeldungen zur Mittagsbetreuung sind verpflichtend für das gesamte Schuljahr 2024 / 2025; allenfalls kann bei Härtefällen eine Ausstiegsklausel greifen (-> medizinisch / psychologische Gründe). Dies sollte klar mit den Erziehungsberechtigten kommuniziert werden.</p> <p>Für den Fall einer begründeten unterjährigen Unterschreitung der Mindestbuchungen erklärt die Gemeinde Theilheim bereits jetzt, eine entsprechende Ausfallbürgschaft zu übernehmen, maximal begrenzt auf 4.200,00 EUR.</p> <p>Die moderat gestiegenen Buchungssätze werden wie folgt zur Kenntnis genommen:</p> <table><tr><td>3 Tage</td><td>85 Euro</td></tr><tr><td>4 Tage</td><td>95 Euro</td></tr><tr><td>5 Tage</td><td>105 Euro</td></tr></table>	3 Tage	85 Euro	4 Tage	95 Euro	5 Tage	105 Euro
3 Tage	85 Euro								
4 Tage	95 Euro								
5 Tage	105 Euro								

TOP 17.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
Lfd. Nr. 205	

TOP 17.01	TenneT TSO GmbH: Höchstspannungsleitung Grafenrheinfeld - Kupferzell - Großgartach; Abschnitt 1 Grafenrheinfeld - Rittershausen - Anhörungsverfahren zur 1. Änderung des Plans und der Unterlagen nach § 21 NABEG (Netzausbaubeschleunigungsgesetz)
Lfd. Nr. 206	

Sachverhalt:

Die Gemeinde Theilheim wurde von der Bundesnetzagentur in Bonn über eine Anhörung im Planfeststellungsverfahren zur Höchstspannungsleitung Grafenrheinfeld - Kupferzell - Großgartach (Vorhaben Nr. 20) informiert. Theilheim liegt im Abschnitt 1 von Grafenrheinfeld nach Rittershausen.

Es geht dabei um die Zubeseilung der bereits vorhandenen 380 kV-Leitung, die auch über Theilheimer Gemarkung verläuft. Es gab dazu bereits Anhörungsverfahren. Durch Planänderungen ist nun ein erneutes Verfahren notwendig geworden. In dem beigefügten Schreiben der Bundesnetzagentur vom 19.06.2024 ist dargelegt, um welche Änderungen es sich handelt. Belange von Theilheim werden dadurch nicht berührt, weshalb bis zur Frist 08.07.2024 von der Gemeinde Theilheim keine Stellungnahme abgegeben wurde.

TOP 17.02	Erhöhung der gemeindlichen Zuschüsse zum Seniorenticket ab 01.08.2024
Lfd. Nr. 207	

Sachverhalt:

Die APG, ein Tochterunternehmen des Kommunalunternehmens des Landkreises Würzburg, teilt mit Mail vom 26.06.2024 zum 1. August 2024 mit, dass der Verkehrsverbund Mainfranken VVM seine Tarife erhöht. Aufgrund dessen erhöht sich auch der Preis des APG-Seniorenabos.

Der Zuschuss der Gemeinde Theilheim zum Seniorenabo, derzeit rund 20 Teilnehmer, erhöht sich von bisher 4,84 € auf 5,14 € je Abonnement und Monat.

Die gute Nachricht: Wie auch im Jahr 2023 bleibt die Zahl der Tarifwaben unverändert bei drei.

TOP 17.03	Ferienpass 2024: Falsche Preisinformation durch das Landratsamt Würzburg
Lfd. Nr. 208	

Sachverhalt:

Das Landratsamt teilt mit, dass es intern nicht in der Lage gewesen wäre, den bereits am 4. März 2024 gefassten Beschluss des Kreistages zur Erhöhung der Beiträge zum Ferienpass , von 3€ auf 5€ und von 6€ auf 10€ bei der Aussendung der Informationen zum diesjährigen Ferienpass zu berücksichtigen.

Hierdurch wurden bei den Veröffentlichungen zum viel nachgefragten Ferienpass im Aushang, auf der Webseite und in der letzten Ausgabe des Mitteilungsblatts, die deutlich niedrigeren Unkostenbeiträge aus den Vorjahren verbreitet. Zwei bzw. vier Euro Steigerung hören sich jetzt nicht unbedingt nach viel an, aber mit einer Steigerung um 60% stellt ist das für die ein oder andere Familie sicherlich eine Herausforderung, insbesondere wenn mehrere Kinder die Angebote nutzen möchten.

Umso ärgerlicher ist es, dass man sich mit einer schmallippigen , fünf Wort Entschuldigung aus der Affäre zieht und sich dabei auch noch namenlos hinter dem Geschäftsbereich verbirgt. Den Ärger haben unsere Mitarbeiterinnen im Bürgerbüro, die die Verärgerung der betroffenen Eltern dann persönlich abbekommen.

TOP 17.04	Erscheinung des Mitteilungsblatts ab 01.10.2024 gefährdet
Lfd. Nr. 209	

Sachverhalt:

Seit 01.10.2023 sucht die Gemeinde Theilheim nach einer mitarbeitenden Person, die neben anderen Aufgaben, sich auch um die Kommunikation der Gemeinde Theilheim in verschiedenen Bereichen kümmern soll. Unter anderem mit dem Schwerpunkt der redaktionellen Betreuung des Mitteilungsblattes der Gemeinde.

Hierbei handelt es sich nicht um die Herstellung des Blattes an sich, sondern um die redaktionelle Auf- und Vorbereitung der Inhalte.

Hierzu ist ein enger Kontakt und Verständnis der Prozesse und Abläufe innerhalb der Verwaltung und der sozialen und kulturellen Netze sowie der Veranstaltungsabläufe der Theilheimer Vereine und Organisationen notwendig.

Sollte sich bis zum 1. September 2024 keine geeignete Bewerberin oder geeigneter Bewerber gefunden haben, muss das Mitteilungsblatt mit der Septemбераusgabe bis auf Weiteres pausieren.

Der bisherige Bearbeiter (seit September 2020 tätig) steht aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung.

Rechtslage:

Das Mitteilungsblatt der Gemeinde Theilheim ist kein Amtsblatt.

TOP 17.05	Fertigstellung der Liftanlage im Neubau der Grundschule
Lfd. Nr. 210	

Sachverhalt:

Die Liftanlage im Treppenhaus der Grundschule wurde fertiggestellt und abgenommen und ist ab dem neuen Schuljahr 2024/2025 betriebsbereit. Über diese Anlage besteht jetzt für Menschen mit Beeinträchtigung die Möglichkeit, sich ohne Treppensteigen auf die 3 Stockwerke der Grundschule zu begeben. Die Liftanlage funktioniert mit einer Schlüsselschaltung, weshalb Kinder nur in Begleitung einer Lehrkraft fahren können.

Im Haushalt wurden dafür 125.000 € eingestellt.

Die Ausgaben stellen sich folgendermaßen dar:

Planung, Ausschreibung, Baubegleitung, Statik	14.100 €
Lieferung und Montage der Liftanlage	73.200 €
Stahlbauarbeiten Podeste und Geländer	19.800 €
Elektroarbeiten	2.200 €
Gesamtkosten	109.300 €

TOP 17.06	erste Ergebnisse der Schmutzfrachtberechnung zum Abwassernetz der Gemeinde Theilheim
Lfd. Nr. 211	

Sachverhalt:

Aufgrund neuer Vorgaben mussten die Schmutzwasserberechnungen zum Abwassernetz der Mitgliedsgemeinden des Abwasserzweckverbandes Großraum Würzburg überarbeitet werden. Die Schmutzfrachtberechnung des Büros SRP Schneider + Partner aus Kronach hat für die Gemeinde Theilheim folgendes ergeben:

Für das Einzugsgebiet der Gemeinde Theilheim wurde die Schmutzfrachtberechnung für den derzeitigen Bestand durchgeführt. Das vorhandene Beckenvolumen der Mischwasserentlastungsanlagen ist mit den derzeitigen Bauwerksdaten (Volumina / Drosselabflüsse) sowohl für die einfachen als auch die weitergehenden Anforderungen aus Sicht der einzuhaltenden Fachten ausreichend.

Das bedeutet, dass die beiden Regenüberlaufbecken I und II die momentanen Anforderungen erfüllen. Das hat das Ingenieurbüro Horn bestätigt. Es sind nun lediglich noch die Einzelnachweise zu den beiden Bauwerken zu erbringen. Dazu wird uns das Büro Horn weitere Informationen liefern.

Die gehobene wasserrechtliche Erlaubnis zum Einleiten von Mischwasser aus den beiden Regenüberlaufbecken in den Jakobsbach, wenn die Becken aufgrund von Starkregen überlaufen, hat noch eine Gültigkeit bis 31.12.2025.

TOP 17.07	Sicherheitsbericht der Polizeiinspektion Würzburg-Land 2023 für die Gemeinde Theilheim
Lfd. Nr. 212	

Sachverhalt:

Der Sicherheitsbericht der PI Würzburg-Land stellt folgendes fest:

Die Bürgerinnen und Bürger leben im Landkreis Würzburg seit Jahren sehr sicher - und auch die Statistikwerte des vergangenen Jahres bestätigen diesen Eindruck. Dies werden Sie mit Blick auf die nachfolgenden Statistiken und Erläuterungen bestätigt sehen.

Dennoch gibt es Entwicklungen im Bereich der Diebstahlsdelikte, denen wir mit Konsequenz und Aufklärungsmaßnahmen entgegenwirken. Nähere Ausführungen finden Sie hierzu im Sicherheitsbericht.

Deutschlandweit wurden im Berichtsjahr 2023 insgesamt 5.940.667 Straftaten registriert. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen Anstieg von 5,5 %. In Bayern stieg die Zahl der Straftaten um 3,9 % auf 583.068 Delikte. Auch unterfrankenweit ist die Anzahl der Straftaten im vergangenen Jahr um 8,9 % auf 50.385 Fälle angestiegen.

Entgegen diesem Trend ist die Zahl der Straftaten im Dienstbereich der Polizeiinspektion Würzburg-Land im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. 2.126 Straftaten wurden 2023 angezeigt.

Dies entspricht einem Rückgang um 127 Straftaten (- 5,6 %).

Vergleich der Sicherheitsstatistiken der Polizeiinspektion Würzburg-Land für die Gemeinde Theilheim:

	2019	2020	2021	2022	2023
Fälle Anzahl	42	28	23	30	23
geklärte Fälle Anzahl	35	20	24	24	17
Aufklärungsquote	83,33%	71,43%	104,35%	80%	73,9 %
Einwohneranzahl	2.362	2.371	2.422	2.436	2.428
Häufigkeitszahl	1.778	1.181	950	1.249	947
Kriminalstraftaten					
Straftaten im öffentlichen Raum	-	4	7	199	0
Roheitsdelikte	12	2	8	2	2
davon Körperverletzung	4	2	4	1	1
davon Nötigungen	7	0	4	1	1
Diebstahl Insgesamt	5	2	2	1	2
davon aus Wohnungen	1	0	0	0	0
davon aus/an Kraftfahrzeugen	0	1	2	0	1
Betrugsdelikte	4	1	0	3	5
Sonstige Straftatbestände	0	11	1	10	10
davon Beleidigung	0	2	0	4	0
davon Sachbeschädigung	6	7	1	4	3
Strafrechtliche Nebengesetze	7	8	11	9	4
davon Rauschgiftkriminalität	2	5	10	9	4
Verkehr					
Verkehrsstraftaten	15	5	1	4	2
Verkehrsunfälle	27	13	22	37	31
Verkehrsüberwachungen	1	4	2	1	-

Quelle: Polizeiinspektion Würzburg-Land

TOP 17.08	Bekanntmachung der Satzung des Zweckverbandes Abwasserbeseitigung Großraum Würzburg (AGW)
Lfd. Nr. 213	

Sachverhalt:

Die Gemeinde Theilheim ist im Rahmen der örtlichen Abwasserentsorgung direktes Mitglied des Abwasserzweckverbandes Abwasserbeseitigung Großraum Würzburg (AGW) als auch über Zweckverband Abwasserbeseitigung Randersackerer Gruppe (ZV ARG).

Das Landratsamt Würzburg teilt mit, dass die Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Zweckverbandes Abwasserbeseitigung Randersackerer Gruppe für das Haushaltsjahr 2024, im Amtsblatt im Amtsblatt Nr. 10, vom 13. März 2024 erfolgt ist.

Das Landratsamt Würzburg teilt mit, dass die Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Abwasserzweckverbandes Abwasserbeseitigung Großraum Würzburg, für das Haushaltsjahr 2024, im Amtsblatt im Amtsblatt Nr. 19, vom 21. Juni 2024 erfolgt ist.

Die Amtsblätter des Landkreises können über den Internetauftritt des Landkreises unter www.landkreis-wuerzburg.de/Bürger-Politik-Verwaltung/Landratsamt-Fachbereiche/Stabsstelle-Landrat/Büro-des-Landrats/Amtsblatt/ oder einfach Suchen nach Amtsblatt, heruntergeladen werden.

TOP 17.09	Planmäßiger Austausch von Hydranten im Wassernetz der Gemeinde Theilheim
Lfd. Nr. 214	

Sachverhalt:

In Kooperation mit der Freiwilligen Feuerwehr und dem gemeindlichen Bauhof, wurden die fünf Hydranten festgelegt, die im Jahr 2024 erneuert bzw. ausgewechselt werden müssen:

Ersatzmaßnahme / Austausch von Hydranten im Wassernetz der Gemeinde Theilheim - 2024

- | | |
|---------------|--|
| OH0211 | Oberflurhydrant vor Biebelrieder Straße 40 , Solar Art/Füller
Ersetzen
Bereich um den Hydranten pflastern,
stabilen Umfahrschutz anbringen -> siehe UHF0227 |
| OH0875 | Oberflurhydrant vor Dümpfelstraße 20
Ersetzen |
| OH0876 | Oberflurhydrant vor Lehmgrubenstraße 29 (Ziegler)
Ersetzen |
| UH0040 | Unterflurhydrant am Wendeplatz am Tannenweg
Ersatz durch Oberflurhydrant
Verlegung der Anschlussleitung (Hauptleitung) an den Rand des Wendeplatzes
stabilen Umfahrschutz anbringen (z.B.
jh-profishop.de/MORAVIA-Saeulenschutz-Aussenbereich-16973-155129/ |
| UH0227 | Unterflurhydrant Gerbrunner Weg / Ecke Oberer Altenberg
Ersetzen
Anschluss UFH direkt auf der Hauptleitung in der Straße |

Allgemeiner Hinweis:

Ab sofort werden alle zu ersetzenden Oberflur-Hydranten einheitlich mit dem Typ FAG Nova Niro 365 ersetzt. Dieser Typ ist rost- und wartungsfrei.

Reparatur von Bestandhydranten

OFH 209 **Oberer Altenberg / Ecke Altenbergstraße**
Reparatur mit Ersatzkomponenten VAG

UFH 738 **Oberer Kirchberg vor Haus Nr. 3**
Reparatur mit Ersatzkomponenten VAG

OFH 222 **Lindelbacher Weg 2**
Reparatur mit Ersatzkomponenten VAG

Kennzeichnung Württembergerschacht

UH0879 **Auweg vor Haus Nr. 4**
Auweg

Keine Nr. **Stichstraße Winterleitenstraße**
Stichstraße Winterleitenstraße zum Tannenweg

TOP 17.10	Bodenrichtwerte 2024
Lfd. Nr. 215	

Sachverhalt:

Der Gutachterausschuss beim Landratsamt Würzburg hat die Bodenrichtwerte zum 01.01.2024 für die Gemeinden des Landkreises Würzburg neu ermittelt. Gegenüber der letzten Ermittlung, Stand 01.01.2022, haben sich für die Gemeinde Theilheim bei den Bauflächen keine Änderungen ergeben.

Bei den Ackergrundstücken hat sich die Preisspanne von 1,00 €/m² - 4,80 €/m² auf 1,00 €/m² - 5,00 €/m² erhöht, bei Grünland von 1,50 €/m² auf 1,60 €/m². Der Waldbodenwertanteil (für Forst) ist landkreisweit von 0,50 €/m² auf 0,55 €/m² gestiegen.

TOP 17.11	Start der Verkehrsüberwachung im Rahmen des Interkommunalen Zweckverbandes Mainfranken
Lfd. Nr. 216	

Sachverhalt:

Mit dem 1. Juli wurde der Übergang der Organisation der Verkehrsüberwachung im Gemeindegebiet Theilheim, auf den neuen Zweckverband Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken endgültig vollzogen.

Ab sofort ist wieder mit Überwachung des fließenden Verkehrs an elf verschiedenen Messstellen im Innenort und des ruhenden Verkehrs im gesamten Ortsgebiet zu rechnen. Neu sind auch Überwachungsmaßnahmen in den Nachstunden und an den Wochenenden.

Bei Rückfragen zu Verwarnungen oder Strafbescheiden, wenden Sie sich bitte direkt an den Zweckverband:

Zweckverband Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken

i-Park Klingholz 17
97232 Giebelstadt

09334 976 920 0

info@zvizm.de

Zitat eines Bürgermeisterkollegen aus einer Nachbargemeinde: „Fahrt halt alle so schnell wie mer derf und parkt da wos erlaubt ist, dann müsst ihr ach ka Strafzettel bezahl.“

TOP 17.12	Abwehrmaßnahmen zur Afrikanischen Schweinepest in Unterfranken
Lfd. Nr. 217	

Sachverhalt:

Am Samstag, den 15.06.2024 wurde im hessischen Landkreis Groß-Gerau das ASP-Virus bei einer erlegten Wildschweinbache festgestellt. Dies ist der erste Nachweis des ASP-Virus in Hessen und mit ca. 45 km Entfernung zur bayerischen Landesgrenze der bislang Unterfranken am nächsten gelegene Ausbruch.

Deshalb werden die Abwehrmaßnahmen in Bayern weiter intensiviert: Unterfranken steht hier aufgrund der räumlichen Nähe zum positiv beprobten Wildschwein im Fokus. Unter die Abwehrmaßnahmen fallen insbesondere verstärkte Monitoringmaßnahmen der Wildschweinpopulation, die auch durch die Anhebung der Abschussprämie auf 100,00 EUR (rückwirkend für das Jagdjahr 2024) unterstützt werden sollen.

Abwehrmaßnahmen Unterfranken

Im Landkreis Würzburg werden, bedingt durch die Lage im Westen Unterfrankens, in Kürze zusätzliche Maßnahmen mittels einer Allgemeinverfügung verpflichtend, die dazu beitragen, das Virus nach einer möglichen Einschleppung möglichst schnell zu entdecken. Dies ermöglicht eine schnelle und erfolgreiche Bekämpfung, um eine unentdeckte Ausbreitung des Virus in der Wildschweinpopulation zu verhindern.

Unter diese Maßnahmen fällt eine Kennzeichnungs- und Probenahmepflicht bei gesund erlegten Wildschweinen durch die Jägerschaft. Die Beprobung der verendet aufgefundenen und krank erlegten Wildschweine erfolgt bis auf Weiteres durch das Veterinäramt. Die Proben sind beim Veterinäramt des Landkreises Würzburg oder beim Veterinäramt der Stadt Würzburg abzugeben. Die Ergebnisse werden den Jägerinnen und Jägern umgehend nach Eingang beim Veterinäramt mitgeteilt. Ein Inverkehrbringen von Wildbret wird erst nach negativem Untersuchungsergebnis möglich sein. Diese neuen Maßnahmen werden in weiteren unterfränkischen Landkreisen in Kürze verpflichtend angeordnet.

Was ist die ASP?

Bei der Afrikanischen Schweinepest handelt es sich um eine oftmals tödlich verlaufende Viruserkrankung, die ausschließlich Haus- und Wildschweine befällt. **Eine Ansteckungsgefahr für Menschen sowie andere Haus- und Nutztiere besteht nicht.** Auch vom Verzehr von möglicherweise kontaminiertem Fleisch geht für Menschen keine Gefahr aus.

Wild- und Hausschweine können sich durch den direkten Kontakt mit infizierten Tieren sowie die Aufnahme von kontaminierten Speiseabfällen oder Schweinefleischerzeugnissen anstecken. Auch

eine indirekte Übertragung der Viren, etwa durch Fahrzeuge, landwirtschaftliche Geräte, Jagdausrüstung, Kleidung etc. ist möglich.

Die Afrikanische Schweinepest wurde im September 2020 zum ersten Mal in Deutschland nachgewiesen und ist in den Bundesländern Brandenburg und Sachsen in der Wildschweinpopulation weiterhin präsent. Seit 2020 wurde das Virus auch in verschiedenen Hausschweinebeständen nachgewiesen.

Anfang Juni wurde das Virus in einem größeren Mastschweinebetrieb in Mecklenburg-Vorpommern festgestellt.

TOP 17.13	Vigolana / Besuch des Kinderzirkus' im Frühjahr 2025
Lfd. Nr. 218	

Sachverhalt:

Bei einem Treffen des Partnerschaftsvereins zur Städtepartnerschaft zwischen unserer italienischen Partnergemeinde Altopiano della Vigolana, sind die Pläne zu einem Besuch einer Theilheimer „Jugendgruppe“ weiter vorangekommen. So ist geplant, dass die Abteilung Bewegungskünste des SV Theilheim 1949 e.V., besser bekannt als Kinderzirkus Allemallach, in den Pfingstferien 2025 die Vigolana besucht und mit einer ähnlichen Gruppierung ein gemeinsames Programm erarbeitet und zur Aufführung bringt.

Derzeit werden die Eltern informiert und verschiedene Förderprogramme auf die Förderfähigkeit des Projekts hin überprüft.

TOP 17.14	Schließzeiten Bauhof und Verwaltung
Lfd. Nr. 219	

Sachverhalt:

Die Rathaus Verwaltung und der gemeindliche Bauhof, bleiben am Freitag, den 16. August 2024 geschlossen.

Wegen einer betrieblichen Veranstaltung sind Verwaltung und Bauhof, am Freitag, den 27. September 2024 ebenfalls geschlossen.

TOP 17.15	Nächste Gemeinderats- und Ausschusssitzungen nach der Sommerpause
Lfd. Nr. 220	

Sachverhalt:

Die nächste geplante Gemeinderatssitzung nach den Sommerferien, findet voraussichtlich am Montag, den 9. September 2024 um 19:30 Uhr, im Vereinsraum der Jakobstalhalle statt.

Die nächste geplante Sitzung des Bauausschuss Kita findet voraussichtlich am 19. August statt. Uhrzeit und Ort stehen noch nicht fest.

Die nächste geplante Sitzung des Grundstücks- und Bauausschusse nach den Sommerferien, findet voraussichtlich am Freitag, den 20. September 2024 um 16:00 Uhr, im Vereinsraum der Jakobstalhalle statt.

TOP 18.	Fragen aus dem Gemeinderat
Lfd. Nr. 221	

TOP 18.01	Fragen aus dem Gemeinderat: Fahrradweg Industriestraße
Lfd. Nr. 222	

Diskussionsverlauf:

Im Kurvenbereich (in der Höhe des Autohauses Henneberger) ist die Fahrbahndecke durch Löcher beschädigt.

TOP 18.02	Fragen aus dem Gemeinderat: Wiederherstellung Gehwegoberfläche Kirchbergstraße im Rahmen der Glasfaserarbeiten
Lfd. Nr. 223	

Diskussionsverlauf:

Der gepflasterte Gehweg wurde nicht ordnungsgemäß wiederhergestellt; für Fußgänger besteht durch erhebliche Höhenunterschiede eine Unfallgefahr.

TOP 18.03	Fragen aus dem Gemeinderat: Erscheinung des Mitteilungsblatts ab 01.10.2024 gefährdet / Veröffentlichung von Veranstaltungen von Vereinen und Privaten
Lfd. Nr. 224	

Diskussionsverlauf:

Es wird aus dem Gemeinderat angefragt, ob es kurzfristig bei Pausieren des Mitteilungsblattes möglich sein wird, Veranstaltungen von Vereinen und Privaten auf der Homepage der Gemeinde zu veröffentlichen. Dies ist, so Erster Bürgermeister Herpich, über den Terminkalender (<https://www.theilheim.de/termine.html>) und hinterlegtem *.pdf möglich.

Alternative Veröffentlichungsmöglichkeiten sind die frei werdenden Schaukästen vor dem alten Rathaus und das Tor an der gemeindeeigenen Scheune am Anwesen Hauptstraße 31.

Erster Bürgermeister Herpich wird auf der Titelseite des nächsten Mitteilungsblattes einen dringenden Aufruf nach Bewerbung zur redaktionellen Betreuung stellen.

TOP 18.04	Fragen aus dem Gemeinderat: Entwicklung des Haushalts 2024
Lfd. Nr. 225	

Diskussionsverlauf:

Es wird um Informationen zur aktuellen Entwicklung des Haushalts 2024 gebeten, insbesondere auch zur Kostenentwicklung der KiTA-Baumaßnahme. Konkrete Daten seien für weitere Beschlüsse im Herbst erforderlich.

Erster Bürgermeister Herpich entgegnet, dass der Haushalt erst seit fünf Tagen rechtskräftig ist. Mit Ausnahme der Baustelle KiTA war in der haushaltslosen Zeit nur eine vorläufige Haushaltsführung möglich. Damit konnten insbesondere neue Vorhaben nicht begonnen werden.

Er betont, dass der Gemeinderat immer transparent und sauber informiert werde.

Für die Richtigkeit:

Thomas Herpich
Erster Bürgermeister

Heike Thoma
GLBin